Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

135 (16.6.1892) II. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 2 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Akademiestraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 135, II. Blatt. Donnerstag, den 16. Juni 1892.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni.

In Anwesenheit des Königs von Schweden besichtigte der Kaiser, begleitet von der Kaiserin und den drei ältesten Prinzen, Vormittags auf dem Bornstädter Felde bei Potsdam zwei Garde-Ulanen-Regimenter.

C.P.C. Fürst Bismarck arbeitet jetzt eifrig an der vielberedeten „Aussöhnung". Nach der „Nat.-Ztg." soll er vor kurzem zu einem Besucher in Friedrichsruh geäußert haben, auch im Falle einer Annäherung würde er sich das Recht freier Kritik der Regierungspolitik nicht verkümmern lassen. Den Beweis scheint er schon jetzt liefern zu wollen, wo seine Freunde erst an dem Versöhnungswerk arbeiten. Als „Vermittler" werden bezeichnet: Graf Henckel v. Donnersmarck, Graf Waldersee, Dr. Miquel und der preußische Gesandte in München, Graf zu Eulenburg, welcher ja auch die Nordlandsfahrt mitmachen soll. Ihnen würde nun freilich Fürst Bismarck durch seine andauernde redaktionelle Thätigkeit die Arbeit keineswegs erleichtern, aber nachdem er durch seine Getreuen die Initiative zur Aussöhnung hat von sich weisen lassen, hält er es offenbar noch für nöthig, dieses durch die That zu bestärken. Sein Triumph wäre zweifellos größer, wenn die Aussöhnung bei solcher Sachlage zu Stande käme, indeß spricht doch alles dafür, daß er auch durch die bloße Zurückhaltung das Werk nicht fördern würde. Ein officiöser Berliner Brief der „Pol. Korr." erklärt recht gemeinverständlich: die Initiative werde von Friedrichsruh ausgehen müssen, und Vermittler würden verbeten.

— Das alte Spiel. In einigen Blättern war in den letzten Tagen bestimmt versichert worden, daß in den letzten Tagen bestimmt versichert worden, daß für die nächste Reichstagssession eine Militärvorlage nicht zu erwarten stehe. Dazu wird jetzt officiös erklärt: „Diese Meldung dürfte mindestens verfrüht sein. Wie immer die Entscheidung in dieser Hinsicht ausfallen mag, so werden doch alle Vorbereitungen so betrieben, daß nöthigenfalls die Vorlage für die nächste Reichstagssession rechtzeitig zum Abschluß gebracht werden kann. Dies gilt insbesondere von der finanziellen Seite der Sache, deren Unterlagen, naturgemäß nur auf Grund sehr eingehender und sorgfältiger Vorarbeiten mit der erforderlichen Sicherheit und Genauigkeit festgestellt werden können. Auf diesem Gebiete wird daher zur Zeit eine eifrige und umfassende Thätigkeit, namentlich auch im Kriegsministerium, entwickelt." Nach Informationen der „Nat.-Ztg." entspricht diese Mittheilung der Sachlage. Es werden alle Vorbereitungen getroffen — zum Theil ist es schon geschehen — um eventuell im Reichstag im Herbst die Militärvorlage einbringen zu können. Die Entscheidung darüber, ob es geschehen soll, ist vorbehalten. Die „Voss. Ztg." hält dagegen ihre Behauptung, daß keine Militärvorlage in diesem Jahre eingebracht würde, vollständig aufrecht.

— Eine Versammlung der preußischen Bischöfe in Fulda wird einer Ankündigung der „Germania" zufolge auch in diesem Jahre nicht unterbleiben. Auf dem Programm des Bischofstages steht u. A. die Erörterung folgender Angelegenheiten: Mögliche Einheit der katholischen Kirche Preußens auf dem Gebiete der Festtage, der Fasten- und Abstinenzordnung, Einführung des einheitlichen Katechismus und der biblischen Geschichte u. s. w. für das Gebiet der preußischen Diöcesen. Vom Fuldaer Bischof ist bereits die Weisung ergangen, den Druck des Münster-Köln-Trier-Breslauer Katechismus vorzubereiten, so daß derselbe gegen Ostern 1893 in die Hände der Schüler gelangt.

— Gegenüber dem unerfreulichen Bilde, welches der deutsche Lehrertag zu Halle gibt, soll hier besonders hingewiesen sein auf die zu gleicher Zeit stattgefundene dritte General-Versammlung des „Katholischen Lehrerverbandes" zu Osnabrück. Die Betheiligung der kirchlichen und staatlichen Behörden einerseits, der Zeitpunkt der Tagung andererseits lassen die Versammlung der katholischen Lehrer besonders bedeutungsvoll erscheinen. Dann ist der „Katholische Lehrerverband" jetzt so weit gediehen, daß derselbe seine Wurzeln vom äußersten Westen bis zum fernen Osten von Preußen schlägt. Zum ersten Mal vereinigten sich die katholischen Lehrer aus sieben preußischen Provinzen, in denen sie organisirt sind, um der christlichen Schule Interessen und ihres Standes Wohl zum Gegenstand ernstlicher Berathungen zu machen. Zunächst seien einige Notizen gegeben über die Ausbreitung des Verbandes. Nach dem Jahresbericht bestehen Provinzialvereine heute in Rheinland und Westfalen 1500 Mitglieder, im Regierungsbezirk Wiesbaden 400 Mitglieder, in Westpreußen 560 Mitglieder, Osnabrück, Schlesien und Ermland. Der Bericht gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch in der Diöcese Hildesheim die Verbandssache Freunde gewinnen werde. Im Einzelnen steht die Verbandssache in Rheinland, Westfalen, Osnabrück, Wiesbaden und Westpreußen gut. In Schlesien hat die Zahl der Verbandsmitglieder abgenommen; es gebe dort viele katholische Lehrer, welche die simultanen Vereine vorzögen und die keinen Anstoß daran nähmen, daß die katholische Sache in den liberalen Fachblättern vom Schlage der „Schlesischen Schulzeitung" fortgesetzt geschmäht werde. Eine Provinzialversammlung hat nicht stattfinden können. Am wenigsten erfreulich sind die Zustände in Ermland, wo nur noch 82 Verbandsmitglieder gezählt werden. Die Brudervereine im Königreich Sachsen und in der Pfalz blühen mächtig auf und werden sich wahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres dem Verbande anschließen. Die Gesammtmitgliederzahl beträgt heute 3000 gegen etwa 1000 im Vorjahre. Ueber die Verhandlungen müssen wir uns kurz fassen. Zunächst bedauerte die Versammlung offen die Zurückziehung des preußischen Volksschulgesetzes, dann wandte sie sich gegen den Radikalismus in der Pädagogik, der die Schule als Selbstzweck darstellen will und endlich wurde noch speciell die Pflege des Autoritätsprincips auf christlicher Grundlage gefordert. Es gibt noch christliche Lehrer genug, die am positiven Glauben festhalten und die sich nicht dazu hergeben, die Schule gegen die Kirche auszuspielen. Leider werden es deren auf protestantischer Seite immer weniger.

— Wie aus Sansibar telegraphirt wird, hat Herr v. Bülow, der erste deutsche Beamte am Kilimandscharo, allen englischen Missionaren befohlen, das Moschigebiet zu verlassen, da er beabsichtige, militärische Operationen gegen den Moschistamm zu beginnen, nöthigenfalls denselben auszurotten. Der britische Generalkonsul Portal erhob förmlichen Einspruch Namens der Missionare gegen die Entscheidung Bülow's. Dieser Befehl ist um so verwunderlicher, als Moschi bisher als vollkommen deutsch-freundlich galt. Möglicherweise hat die deutsche Verwaltung Fehler gemacht; wahrscheinlich dürften aber die ausgewiesenen englischen Missionare die Rolle, die sie in Uganda spielten, auch in diesem an das englische Gebiet grenzenden Lande gespielt haben. Die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft, unter deren Fittigen die Katholikenverfolgung in Uganda inscenirt wurde, hat schon den Befehl ausgesandt, daß Uganda aufgegeben werden solle. Es würde wohl keinem Anstande unterliegen, wenn England den ihm zugefallenen Theil von Uganda an Deutschland abtreten würde, womit die Angliederung des gesammten Landes an eine civilisirte Macht erreicht würde.

Trier, 14. Juni. Der hl. Vater hat auf das Huldigungs-Telegramm der Trierer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland mit dem Ausdruck seiner Freude über diese Kundgebung und mit Ertheilung des Segens geantwortet.

Ausland.

Paris, 14. Juni. Die konstitutionelle Rechte beschloß, ein Gegenmanifest gegen die Kundgebung der royalistischen Rechten zu erlassen.

Ueber die Erklärung der Royalisten sagte der päpstliche Nuntius Ferrata dem Redakteur des „Gil Blas": „Die Katholiken, welche diese Erklärung billigen, begehen den schweren Fehler der Revolte gegen die indirekte, aber absolute Autorität des Papstes. Diese Autorität in politischen Dingen beruht nicht auf einem Dogma, sondern auf der Disciplin". Ferrata citirte dann Bismarck's Worte: „Ihr Katholiken wollt den Papst als Fremden hinstellen, was bedeutet dann euer Wort „katholisch", heißt es nicht mehr universell?" „Vom religiösen Standpunkte," fuhr der Nuntius fort, „ist der Papst der Souverän der ganzen Welt." Pisa bezeichnete einem Interviewer gegenüber als das ihm vorschwebende Ziel, eine konstitutionelle konservative Partei zu bilden, ähnlich dem Centrum des deutschen Reichstages.

Brüssel, 14. Juni. In Dinant, Wesche, Bastogne, Alost, Brügge und Löwen wurden die Katholiken mit bedeutender Majorität wiedergewählt. In Lüttich siegten die Liberalen; die Socialisten erhielten etwa 200 Stimmen. Der Führer der äußersten Rechten, Woeste, wurde in Alost wiedergewählt. Gegenüber dieser Meldung des Wolf'schen Bureaus wird der „Frkf. Ztg." Folgendes telegraphirt: Die bis jetzt bekannten Wahlergebnisse sind für die Liberalen sehr günstig. Dieselben siegten in Brüssel mit 3000 Stimmen. In der Provinz gewannen sie 4 Stimmen für den Senat und 3 für die Kammer; jedoch sind auch einige Niederlagen vorauszusehen. Jedenfalls wird die klerikale Majorität um die Hälfte verringert. In Gent und in Antwerpen siegten die Radikalen. Es herrscht große Aufregung. Die Bürgergarde wird einberufen.

Nach einer Mittheilung des Leiters der afrikanischen Mission der weißen Brüder zu Mechein über die Vorgänge in Uganda geht aus einem Schreiben des Paters Guillemin vom 31. Januar hervor, daß eine große Anzahl Männer, Frauen und Kinder als Gefangene im Fort Kampala sich befänden. In einem Briefe vom 4. Februar heißt es, dem Führer der Katholiken, Nsojt, sei es fünfmal gelungen, die heranstürmenden Protestanten zurückzuwerfen. Darauf sei von letzteren ein Mitrailleusenfeuer eröffnet worden, wodurch die Katholiken außerordentlich große Verluste erlitten. Die Ueberlebenden seien nach dem Viktoria Nyanzasee gedrängt worden, wobei fünf- bis sechstausend im Wasser umgekommen seien. Guillemin habe seine Aufzeichnungen geheim, mit Bleistift machen müssen. Ein dritter Brief desselben sei nicht ans Ziel gelangt. Pater Gouillard schrieb am 16. Februar, der deutsche Unteroffizier Kühne rettete dem Bischof Hirth und dem König Mwanga das Leben. Letztere waren nahe daran, in Gefangenschaft zu gerathen, als die Barke Kühnes anlangte. Kühne hißte auf drei Barken die deutsche Flagge und veranlaßte dadurch die Kühne der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft zur Umkehr.

Petersburg, 14. Juni. Wie hier behauptet wird, beabsichtige man vorläufig, nur die Ausfuhr von in den Häfen liegender Gerste und Weizen frei zu geben.

Barcelona, 14. Juni. Die Lage hat sich leicht gebessert. Die Stadt ist ruhig.

Buenos Aires, 13. Juni. Der zum Präsidenten der Argentinischen Republik gewählte Saenz-Pena stellte, indem er die Glückwünsche seiner Anhänger entgegennahm, eine Aera der Reformen und eine Regierung, welche die Unterstützung der Nation verdiene, in Aussicht.

Baden.

Karlsruhe, 15. Juni. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 11. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Finanzrath a. D. Julius Nebel in Durlach das Kommandeurkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

** **Karlsruhe,** 15. Juni. In ihrer heutigen Nummer beschäftigt sich das Eisenlohr'sche Blatt in wenig höflicher Weise mit den beiden Herren der Ersten Kammer, welche in Sachen des direkten Wahlsystemes nicht im Sinne der Regierung gesprochen und gestimmt haben. Es ist das um so bezeichnender, als der eine der zwei Herren eine nationalliberale Größe ersten Ranges ist: Herr Hofrath Professor Meyer. Es wird da im Allgemeinen gesagt:

„Es mußte übrigens interessiren, die im Berichte des Herrn v. Göler nur kurz angedeuteten Motive der beiden in der Ersten Kammer sitzenden Freunde des direkten Wahlrechts durch diese selbst erläutert kennen zu lernen. Man wird aber unbelehrbar der Ueberzeugung, daß beide Herren von der Richtigkeit ihrer Anschauungen durchdrungen waren, sagen dürfen, daß sie dieselben nicht mit jener Beweiskraft auszustatten vermochten, welche an sich geeignet gewesen wäre, die Anhänger des direkten Wahlrechts in ihren Ansichten wankend zu machen."

Das ist übrigens noch sehr gelinde. Den Hauptstoß führt das Blatt am Schlusse aus und zwar gegen den Herrn v. Hornstein sowohl wie gegen alle Diejenigen, welche sich nicht davon überzeugen können, daß die Richtung Eisenlohr dem Land und Volk zum Heile gereicht. Es heißt da:

„Auch Frhr. v. Hornstein, der übrigens aus räthselhaften Gründen und zu völlig unfaßbaren Zwecken einen ganz unbegründeten Ausfall gegen den Herrn Staatsminister unternahm, vermochte keinen durchschlagenden Beweis für die Zweckmäßigkeit des direkten Wahlverfahrens beizubringen. Sein Hauptargument, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wahlsystemes ein Mißtrauensvotum für das Volk bedeute, kann nicht als wirkungsvoll bezeichnet werden, denn thatsächlich haben die großen Wählermassen das Vertrauen, das ihnen mit der Gewährung des direkten Wahlrechts entgegengebracht wurde, nicht gerechtfertigt; die politische Einsicht hat nicht zugenommen, die Bethörung der Massen durch radikale Elemente ist in stetem Wachsen begriffen und man wird nicht behaupten können, daß das Ergebniß vieler direkter Wahlen thatsächlich dem politischen Verständniß der Massen entspricht."

„Aus räthselhaften Gründen"! „Zu unfaßbaren Zwecken"! Hat man vielleicht geglaubt, Herr Hornstein werde durch seine neue Stellung im Landwirthschaftsrath ein unbedingt ergebener Diener werden? Die „Gründe" wie die „Zwecke" sind übrigens Nebensache, die Hauptsache ist die, daß es wahr ist, was Herr v. Hornstein gesagt. Diesen wichtigen Punkt hat das Eisenlohr'sche Organ fataler Weise ganz übersehen. Der Ausfall gegen die antinationalliberalen Parteien ist an sich frech; doch wiegt der Charakter der Lächerlichkeit vor. Das ehedem so gefeierte badische Volk ist an politischer Intelligenz natürlich sehr tief gesunken, seitdem es den Nationalliberalismus Kiefer-Eisenlohr'scher Färbung richtig taxirt.

** **Karlsruhe,** 15. Juni. Die „Bad. Korresp." schreibt:

„Es ist beabsichtigt, den Landtag anfangs nächster Woche zu schließen. Gegenüber der mehrfach in der Presse aufgetauchten Behauptung, Seine Königliche Hoheit der Großherzog werde den Schluß des Landtags persönlich vollziehen, glaubt die „Bad. Korr." annehmen zu dürfen, daß eine solche Absicht wohl nicht vorliegt."

Das schaut so aus, wie wenn die betreffenden Andeutungen in der Presse „unwahr" gewesen wären. Die Hintermänner der „Bad. Korr." wissen sehr gut, daß dem nicht so ist. Der Schluß des Landtages durch den Großherzog persönlich war aber beschlossene Sache. Gerade mit Rücksicht darauf wurde der Zeitpunkt festgesetzt. Wenn jetzt „eine solche Absicht wohl

---

Im Banne geheimer Mächte.

62) Originalroman von Adolphe Belot.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

33. Kapitel.

Die Nachrichten über das Geschehene, welche Gardiner noch an demselben Abende erfuhr, im Vereine mit dem was ihm Pierre Burtin am folgenden Morgen mittheilte, reichten bereits hin, ihn den Zusammenhang der Dinge mit ziemlicher Genauigkeit erkennen oder doch errathen zu lassen; was zur Vollständigkeit und Gewißheit noch fehlte, ergab sich bald aus den rückhaltlosen Geständnissen Orsilows. Die letzteren mußten, obwohl über die Ergebnisse der Untersuchung gegen den Fürsten natürlich Schweigen beobachtet wurde, doch in kürzerer Frist als sonst hätte geschehen können, zu Gardiners Kenntniß gelangen, da dieser sich beeilt hatte, unverzüglich seine eigene Aussage bei Gericht zu machen und durch dieselbe auf Bérards Prozeß und Verurtheilung hinzuwirken, deren Einzelheiten man jetzt zur Ergründung der Wahrheit in der Orsilow'schen Sache mit heranzuziehen genöthigt war. Gardiner wurde, somit durch die wichtigen, sich vereinigenden Auskünfte, die er über beide Sachen zu geben vermochte, ein wichtiges Zwischenglied zwischen beiden für die Untersuchung, vor dessen Auge sich der Zusammenhang des Ganzen rascher entrollen mußte als vor irgend einem Anderen.

Aus allem, was ermittelt und als unbezweifelbar festgestellt wurde, erwies sich die vollständige Bestätigung der Geständnisse Orsilows, ganz abgesehen von der überzeugenden Klarheit und Glaubwürdigkeit, mit denen er dieselben abgab. Er hatte, von dem nihilistischen Exekutivkomitee in Petersburg beauftragt, das Todesurtheil, das von demselben über den Grafen Lavisme verhängt war, durch Werfen jenes Dynamitgeschosses vollstreckt. Gleichzeitig verfolgte er dabei den Plan, einen möglichst großen Theil des Lavisme'schen Vermögens für die nihilistische Partei an sich zu bringen und dazu erwählte er jenen Weg der Verheirathung Mérieux' mit der Komtesse Sophie; nicht minder hatte er die von diesem bereits empfangenen zehn Millionen Franks, wie übrigens auch sein ganzes eigenes Vermögen den geheimen Leitern der Partei hingegeben. Er gestand ebenso zu, daß er, kraft der ihm von dem Exekutivkomitee übertragenen Vollmacht, die Todesstrafe über Charles de Mérieux verhängt habe, der dieser zum Opfer gefallen. Der Mörder des Barons indeß, den er nicht nannte, war entkommen.

Der Spruch des Gerichtes gegen Orsilow konnte nicht anders lauten, als auf Tod, und er lautete so. Jedoch empfahl man den Verurtheilten der Gnade des Präsidenten der Republik, da man ihm die ehrenhafte Handlung, daß er, um den unschuldig an seiner Statt verurtheilten Bérard zu retten, auf einen Fluchtversuch, zu dem ihm vollauf Zeit geblieben war, verzichtet und rückhaltlos seine That eingestanden, als mildernden Umstand anrechnete. Die Gnade des Präsidenten verwandelte die Todesstrafe in diejenige lebenslänglicher Zwangsarbeit — dieselbe Strafe, die einst über Bérard verhängt worden war. Dem Vollzug des Urtheils aber entzog sich Orsilow. Am Morgen nach dem Tage, an welchem die Freisprechung Bérards ausgesprochen war, welchen Umstand man dem Fürsten auf sein Bitten sofort nach erfolgtem Ausspruche mitgetheilt, fand man den Gefangenen Orsilow todt in seiner Zelle. Ein kleines, zerbissenes Stückchen Rohr im Munde der Leiche verrieth die Ursache seines Todes. Das an beiden Enden fest verkittete Rohrstückchen, das der Gefangene an seinem Körper verborgen gehalten haben mußte, hatte ein scharfes Gift enthalten; er hatte, als er nach Vernehmung von Bérards Freisprechung zum Tode schritt, das Rohr zerbissen, das darin befindliche Gift verschluckt und so sein Leben geendet.

Jean Bérard war mit seiner heldenmüthigen schönen Tochter, jetzt der Löwin des Tages, wie er der Löwe desselben war, sofort bei Wiederaufnahme seines Prozesses nach Frankreich zurückgekehrt und hatte sich dem Gerichte gestellt. Die Zeit der formellen Durchführung seines neuen Prozesses war eine Zeit der Ehren und der begeistert kundgegebenen Sympathieen für ihn; seine Freisprechung war fast gleich einer öffentlichen Festlichkeit für Paris, ein Triumph der Gerechtigkeit, ein Sieg der Liebe, die der irrenden menschlichen Gerechtigkeit nach harten Kämpfen diesen Triumph errangen.

Die Verbindung Gardiner's und Jeanne's fand fast unmittelbar nach der erfolgten Freisprechung statt. Sie wurde auf den Wunsch der jungen Braut und ihres Vaters, welche sich diese schöne stolze Genugthuung nicht versagen mochten, in Paris vollzogen. Die Feierlichkeit war eine würdige, einfache, allein die allgemeine Theilnahme, die ihr alle gesellschaftlichen Kreise der Stadt zollten, in der sich das furchtbare Drama abgespielt, dessen sonnig schöner Schluß hier vor sich ging, machten sie zu einer ergreifend imposanten. Nach der Hochzeit begab sich Mr. William Hanley Gardiner mit seiner reizenden jungen Gattin und seinem Schwiegervater nach Havre auf die buntgeschmückte, sie mit donnernden Salutschüssen begrüßende Yacht „Floridа", auf der sie nach Amerika zurückkehrten. Sie weilten theils dort auf den zahlreichen prächtigen Besitzungen Mr. Gardiner's, in verschiedenen Gegenden des großen Kontinents, theils in diesen oder jenen fernen Ländern anderer Welttheile, denen die lustige, stets dienstbereite „Floridа" sie zuführte.

Die Wittwe Charles de Mérieux, Baronin Sophie, hat Paris verlassen und ist in ihr Vaterland zurückgekehrt, wo sie nahe Moskau in das Kloster der Dreieinigkeit eingetreten.

Gardiner, Jeanne und Bérard, die drei Vereinten, die nur der Tod noch von einander scheiden wird, gedachten in ihrem Glück noch so manches Hilfsbedürftigen, dem sie wohlwollten oder von dem sie Kunde hatten, — sie vergaßen auch des fernen wackeren Fortier und seiner Marcelle nicht, die noch zu den Duldern gehörten. Sie verwandten sich für seine Begnadigung bei dem Präsidenten der französischen Republik. Man zog das Gesuch in Erwägung — ein Gesuch um Gnade für einen Deportirten, das die Unterschrift Jean Bérard's trug!

Es gibt ja freilich kein Gesetz, das dem unschuldig Verurtheilten das Recht auf eine Entschädigung zuerkennt — allein außer dem geschriebenen Recht gibt es auch noch ein moralisches. Und dieses sagte: Die französische Republik ist füglich wohl diesem Jean Bérard, der für Fortier bittet, eine Entschädigung schuldig. Der Präsident sprach die Begnadigung Fortier's aus und dieser erhielt seine Freiheit. Ihr großen Befriedigung Monsieur Blanctot's, des kleinen dicken Kommandanten der Insel Nou, der einen sehr freundschaftlichen Brief an Mr. Gardiner schrieb, worin er ihm mittheilte, daß er nicht unterlassen habe, seines Versprechens, sich für den Schützling des Sohnes Mr. Gardiner zu interessiren, eingedenk zu sein, und daß es seiner einflußreichen Stellung geglückt wäre, demselben seine Begnadigung auszuwirken. Mr. Gardiner antwortete mit einem sehr liebenswürdigen Dankschreiben, das jedoch weiter nichts enthielt, als seinen Dank, worüber Mr. Blanctot ein bischen enttäuscht war.

Fortier kehrte mit seiner Marcelle, die seine Gattin geworden, noch ehe sie Neu-Kaledonien verlassen, von Gardiner mit den genügenden Geldmitteln versehen nach seiner Heimath, Korsika, zurück, wo der wackere Amerikaner ein Gütchen für sie gekauft, das beide bewirthschafteten und auf dem sie glücklich und zu stetigem Wohlstand gelangend lebten. An Marcelle's Seite zu einem stillen, liebenden Familienvater geworden, war Fortier von seiner früheren wilden Heftigkeit geheilt und zeigte nie wieder den Ausbruch einer solchen.

Auf Numéa aber sprach man noch lange von dem glänzenden Fest und wunderschönen Feuerwerk, das der berühmte reiche Amerikaner Mr. Gardiner einst in der Nacht vor seiner Abreise dort veranstaltete.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nicht vorliegt", so ist einfach der gefaßte Entschluß wieder geändert worden.

* **Karlsruhe,** 15. Juni. Die mehrfach durch die Blätter gehende Nachricht, daß demnächst ein Erlaß zu erwarten sei, demzufolge alle Bestimmungen der Gewerbegesetznovelle vom 1. Juni 1891 über die Sonntagsruhe in Kraft treten würde, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt, nicht zutreffend. Das Blatt bringt im Anschluß an diese Mittheilung noch Folgendes: „Zum 1. Juli treten überhaupt nur diejenigen Bestimmungen der Gewerbenovelle über die Sonntagsruhe in Kraft, denen zufolge im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im Uebrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden. Für Preußen steht noch die Publikation der Ausführungsbestimmungen zu den gesetzlichen Vorschriften zu erwarten; in einer Reihe von Städten ist die nähere Regelung der Angelegenheit außerdem der ortsstatutarischen Bestimmung vorbehalten. Für die letzten vier Wochen vor Weihnachten, sowie für einzelne Sonn- und Festtage, an welchen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, kann die Polizeibehörde eine Vermehrung der Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, bis auf zehn Stunden zulassen. Die Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, werden unter Berücksichtigung der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit, sofern die Beschäftigungszeit durch statutarische Bestimmungen eingeschränkt worden ist, durch letztere, im Uebrigen von der Polizeibehörde festgestellt. Die Festsetzung kann für verschiedene Zweige des Handelsgewerbes verschieden erfolgen.

K. **Aus Baden,** 15. Juni. Die Redaktion der „Bad. Landes[illegible]" hat durch unsere Erörterungen ihrer Stellungnahme [illegible] Göler'schen Kommissionsberichte über das direkte Wahlsystem bemerkt, daß sie einen dummen Streich gemacht hat. Sie sucht sich nun mit folgender Bemerkung aus der Verlegenheit heraus zu ziehen:

„Wir theilen dem Blatte zu seiner Beruhigung mit, daß wir mit dem Prädikat „vorzüglich" lediglich die Arbeit als solche kennzeichnen wollten, ohne zur Sache jetzt Stellung zu nehmen."

Um unsere Beruhigung braucht sich die „Bad. Landeszeitung keinerlei Sorge zu machen. Dagegen hätte sie sich in ihrem eigenen Interesse auf eine bessere Ausrede besinnen oder schweigen sollen. Thatsächlich hat sie Stellung genommen wie gegen die nationalliberale Fraktion im Allgemeinen, so gegen Kiefer speziell. Und wenn es auch ihrerseits unfreiwillig geschehen sein mag, so liegt doch ein geradezu symptomatisches Moment darin, daß das bislang erste Blatt der Nationalliberalen in einer politischen Freiheitsfrage „Arm in Arm" mit dem ehedem so viel geschmähten Frhrn. v. Göler marschirt.

Aus dem Breisgau, 14. Juni. Bei der allen Gesetzen der Gerechtigkeit widersprechenden Ausschließung der katholischen Ordensleute und der klösterlichen Institute aus dem badischen Lande erinnern wir uns einer Stelle in dem Manifeste Karl Friedrich's von Baden an die Katholiken der Markgrafschaft Baden-Baden bei deren Uebergang an das Haus Baden-Durlach, die also lautet: „Wie nun in dem Erbvertrag die Anordnung geschehen ist, daß denen Catholischen alle ihre Kirchen, Schulen, Hospithäler, und andere milde Stiftungen, nebst denen dazu gehörigen güteren, Renten und gefällen, ihnen ohne Schmälerung, jedoch denen Rechten eines Dritten ohnnachtheilig gelaßen werden, auch die sämtliche Stiffter und Clöster, sowiele derer Unsere und Unseres Hauses Landeshoheit mit gebührender Unterthänigkeit anerkant haben, in ihrem in gedachtem Erbvertrag näher bestimten Wesen ohnverrückt verbleiben sollen." Wie trägt die vom blinden Parteigeist geleitete Mehrheit der Volksvertretung dazu bei, dieses am 23. Oktober 1771 den Katholiken Badens feierlich verbriefte Fürstenwort zur Ausführung zu bringen?

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 14. Juni.

27. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Vicepräsident v. Bodman eröffnet die Sitzung 10¼ Uhr.

Am Regierungstisch: Kultusminister Nokk und Geh. Oberregierungsrath v. Jagemann.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Berathung der Berichte der Budgetkommission über:

1. den Nachtrag zum Spezialbudget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1892/93, Titel 8 § 1a, eine Nachforderung von 100,000 Mk. zum Zwecke der Aufbesserung der Bezüge der katholischen Geistlichen, welche Summe der Amortisationskasse entnommen werden soll, betr.

Ohne Debatte wird der Antrag angenommen.

Inzwischen erscheinen im Saale Finanzminister Eisstätter, Ministerialdirektor Seubert und Ministerialrath Göller, welch' ersterer sich dem Fürsten von Fürstenberg vorstellt.

Ein zweiter Nachtrag betrifft den Gehalts- und Wohnungsgeldetat der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung für 1892/93.

Berichterstatter Kommerzienrath Sander erläutert die Vorlage, welche 11,700 Mk. und 900 Mk. Wohnungsgeld wegen Errichtung einer Eisenbahnbau-Inspektion in Karlsruhe in Folge Erbauung der strategischen Linie Karlsruhe-Roschwoog verlangt. Der Antrag wird debattelos genehmigt.

Es folgt die Berathung des Kommissionsberichts über den Gesetzesentwurf, Besteuerung der Kunstweinfabrikation betreffend.

Berichterstatter Geh. Kommerzienrath Diffené erklärt, dieses Gesetz habe einen hohen Werth, weil es das Mißverhältniß zwischen Herstellung des Kunstweines und dem Bau von Naturwein ausgleicht. Die Besteuerung sei in Wahrheit eine Schutzpolitik zu Gunsten unserer Rebbauern, denen man den bisherigen Erwerbszweig erhalten will. Das Reich habe aber die Regelung dieser Frage den Einzelstaaten überlassen und so muß Baden allein vorgehen, viele deutschen Partikularstaaten haben eben keinen Weinbau. Er ersucht um Annahme der Vorlage in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung mit den von der Kommission beantragten Aenderungen.

Freiherr Ferdinand v. Bodman erklärte, der Rosinenwein mache den Rebbauern große Konkurrenz und deshalb hätte der Rosinenzoll bedeutend erhöht oder ein Reichsgesetz für Besteuerung der Kunstweinfabrikation geschaffen werden sollen. Beides sei nicht erfolgt und so habe Baden die Frage selbst in die Hand nehmen müssen, was bedauerlich sei, doch erwarte er auch davon günstige Folgen. Weinbau und Weinhandel seien auf einander angewiesen, letzterer braucht aber Luft und Licht und er wird ohnehin schon von einer schärferen Kontrole getroffen als in den anderen deutschen Staaten. Durch die Vorlage wird die Kontrole noch viel größer, er glaube aber, daß diese nicht verschärft zu werden brauche, wenigstens solle man sie den Vollzugsbestimmungen vorbehalten und elastischer gestalten. Das Gesetz sei aber nothwendig und er ist der Regierung dafür dankbar.

Finanzminister Eisstätter wünscht, daß jetzt schon eine Einigung (also Ablehnung der Abänderungsanträge), damit das Gesetz nicht wieder in das andere Haus zurückkehren muß, wodurch es gefährdet erscheine. Er hätte gewünscht, daß die Prinzipienfrage in der Generaldebatte oder Artikel 13 oder Artikel 1 erledigt werde. Die Regierung könne sich mit den Kommissionsanträgen nicht befreunden, diese kommen dem Strich von Artikel 13 gleich, sie werde wohl das Gesetz annehmen, um das Odium der Ablehnung nicht auf sich zu nehmen, es sei aber für sie dann werthlos.

Nun wird in die Specialdiskussion eingetreten und kommt zuerst Artikel 13 zur Debatte.

Berichterstatter Geh. Kommerzienrath Diffené hält die Kommissionsanträge zu diesem Artikel aufrecht, weil der Weinhandel den verlangten Kontrolvorschriften nicht nachkommen könne. Er würde den Fall der Vorlage bedauern, könne aber nicht in den Strich der Anträge willigen. Uebrigens gewähre die Fassung der Kommission auch die gewünschte Kontrole, welche vollständig in das Belieben des Finanzministeriums gestellt sei.

Ministerialrath Göller erwidert, die Erfüllung der Kontrolvorschriften sei nicht so schwierig, die Steuerbehörde müsse solche heute schon erfüllen. Wenn eine Differenz vorhanden, müsse erst nachgewiesen werden, daß im Weinkeller die Fabrikation betrieben wurde, ehe ein Vorgehen erfolgen kann. Das vorliegende Gesetz sehe auch nicht jeden Meßerverrath als Kunstwein an. Im Artikel 13 ist nur vorgeschrieben, daß der Eingang und Ausgang aufgezeichnet werden. Das Verzeichniß bleibt im Besitz des Weinhändlers und ist nur bei Differenzen der Steuerverwaltung vorzulegen, welche das Geschäftsgeheimniß wahren muß. Er glaubt, die Regierung werde auch bei neuerer Prüfung den Artikel 13 aufrecht erhalten, eine Ausnahme-Kontrole nach den Vorschlägen der Kommission sei nicht durchführbar. Die Regierung müßte bei Annahme der Anträge den Artikel 13 fallen und den größten Theil des Gesetzes unausgeführt lassen.

Geheimer Hofrath Dr. Engler hält Kontrolmaßregeln nicht nur für wünschenswerth, sondern sogar für nothwendig, denn er weiß, welch' große Rolle die Weinfabrikation spielt. Er hätte aber gewünscht, die Maßregeln der Regierung anheim gegeben zu sehen und er ist der Ansicht, daß auch die Zweite Kammer diesem Vorschlage zustimmen wird. Aber auch ohne Artikel 13 habe das Gesetz noch Werth, weil es die Fabrikation besteuere, auch den Trester- und Hefenwein treffe. Eine Belästigung des Weinhandels in Folge des Nahrungsmittelgesetzes existire nicht, diese Behauptung beruht auf Unkenntniß des Gesetzes, denn es kommen bei uns nicht mehr Bestrafungen vor wie in den Nachbarländern mit Ausnahme von Hessen, wo es aber an Chemikern zur Untersuchung fehlt. Wegen Verbesserung des Weines, wie sie jetzt als loyal bezeichnet werden kann, erfolgt keine Bestrafung, allerdings war dies bei Ueberschreitung dieser Grenze der Fall. Das vorliegende Gesetz sei gerecht, mache dem reellen Weinhandel keinen Eintrag und nütze dem Weinbauer, es sei gut, wenn es aber jene Kreise trifft, welche den guten Ruf unserer Weingegenden schädigen.

Berichterstatter Geheimer Kommerzienrath Diffené hält diese Angaben nicht für zutreffend, es kämen verschiedene Verurtheilungen vor, selbst wegen Gallisirens und gewisse Gerichtshöfe urtheilten milder als andere. Er habe einmal selbst nachgewiesen, daß eine Verbesserung einmal den Wein sogar vertheuerte; trotzdem erfolgte eine Strafe von 1000 M. Der Vertreter der Regierung habe seine Ausführungen nicht widerlegt.

Ministerialrath Göller vertheidigt nochmals die Kontrolvorschriften, welche in einer einfachen Anschreibung bestehen und die deßhalb dem Weinhändler nicht so schwer fallen. Wegen einer Differenz werde die Sache nur klar gestellt, nicht eine Strafuntersuchung eingeleitet, nicht jedes Plus wird als Kunstwein angesehen. Die Regierung habe sich bei der bayerischen Regierung erkundigt und sei deßhalb zu dem Entschlusse gekommen, auf jenem Wege nicht nachzufolgen, sie könne einen Unterschied nicht machen und müsse die Kontrole gleichmäßig anwenden.

Geheimer Hofrath Dr. Meyer meint, die Regierung möge doch von Artikel 13 nach den Aenderungen der Kommission Gebrauch machen, sie solle einmal zuwarten, ob dies nothwendig sei.

Finanzminister Eisstätter hält diesen Antrag für ein Kompromiß, Artikel 13 sei aber unschädlich und unter diesen Vorschriften könne die Regierung nicht gehen. Der Antrag gebe der Regierung die Vollmacht, die Kontrolmaßregeln im Verordnungswege zu erlassen. Wenn aber Artikel 13 nicht angenommen wird, so drückt man doch damit aus, daß man solchen nicht will und darum sei die Regierung doch nicht in der Lage, dessen Vorschriften als Vollzugsverordnung zu erlassen. Es bleibt nichts übrig, als von allen Kontrolvorschriften abzusehen, wenn Artikel 13 im Sinne der Kommission angenommen wird und dann ist das Gesetz nur noch von geringer Bedeutung. Dafür müsse aber die Regierung die Verantwortung ablehnen.

Freiherr Ferdinand v. Bodman spricht nochmals für Annahme der Kommissionsanträge.

Darauf wird der Artikel 13 unverändert angenommen und ohne erhebliche Debatten auch die übrigen Artikel.

Darauf wird das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung nach der Fassung des anderen Hauses angenommen und die Petition für erledigt erklärt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Karlsruhe, 14. Juni.

91. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß).

Abg. Fieser will nicht das eine oder andere der beiden Projekte, sondern beide Projekte verwirklicht haben, denn die Schwarzwaldinteressen seien solidarisch. Daß das Basler Projekt Erregung im Volke hervorgerufen habe, glaube er nicht. Wenn ein Bahnbau eben absolut nothwendig sei, so müsse er eben ausgeführt werden und wir seien in Baden noch in der Lage dies zu können.

Abg. Marbe: Die eingehenden Ausführungen des Abg. Kriechle entheben uns alle, näher auf die Sache einzugehen. Jedermann sei nun ja von der Nothwendigkeit dieser Bahn überzeugt. Auch er sei mit dem Abg. Kriechle der Ansicht, daß auch Freiburg an dieser Bahn ein wesentliches Interesse habe und wenn man früher in dieser Hinsicht manche Sünden begangen habe, so müsse man diese jetzt eben wieder gut machen. Eine direkte Linie von Freiburg nach Schaffhausen konnte ersterer Stadt nur vortheilhaft sein. Die Ertheilung der Bregthalbahn werde Freiburg ebenfalls zweifellos empfindlich schädigen, es sei deßhalb nothwendig durch Erbauung der Bahnen Neustadt-Donaueschingen und Neustadt-Bonndorf für einen entsprechenden Ersatz zu sorgen. Auch er sei der Ansicht, daß beide Projekte einander nicht ausschließen, sondern beide ausgeführt werden könnten.

Oberregierungsrath Zittel kann nicht einsehen, daß der wirthschaftliche Rückgang jener Gegend allein vom Mangel einer Eisenbahn abhänge. Die beiden in Betracht kommenden Linien seien von einander unabhängig, im Uebrigen habe das hohe Haus der Linie Neustadt-Donaueschingen seine Zustimmung gegeben und daran könne nichts mehr geändert werden. Ein allgemeines Verkehrsinteresse biete die Linie Neustadt-Bonndorf nicht; denn nicht Schaffhausen, sondern Waldshut, sei der Hauptübergangspunkt nach der Schweiz, auch sei die Linie über Neustadt-Bonndorf-Schaffhausen nach der Mittelschweiz weiter, als die über Basel-Waldshut. Das lokale Interesse der Linie für Bonndorf und Umgegend erkenne er an, ob dieselbe als Privat- oder Staatsbahn auszuführen sei, müsse den späteren Jahren überlassen bleiben. Wenn thunlich, werde die Regierung dem Antrag der Kommission gemäß, die Sache genau prüfen, vorerst sei dies aber nicht möglich, da die Techniker der Generaldirektion z. Zt. zu sehr in Anspruch genommen seien.

Abg. Frank, der von sich sagen zu dürfen glaubt, daß er kein großer Eisenbahnfreund sei, wird diesem Projekt doch zustimmen, da er die Wünsche nach Erstellung der Bahn Neustadt-Bonndorf als vollberechtigt anerkennen muß. Die Rentabilität dürfe bei so nothwendigen Bahnen erst in zweiter Linie in Betracht gezogen werden.

Abg. Birkenmayer bemerkt dem Abg. Fieser, daß auch er mit den Ausführungen des Abg. Kriechle übereinstimme und schon vor 8 Jahren hier im Hause die Nothwendigkeit dieser Bahn anerkannte. Weiter bemerke er, daß er die Bahn ebenfalls als Staatsbahn gebaut haben wollte und nur, wenn dies nicht möglich sei, empfehle er die Privatbahn. Wenn er auch auf seinen Wahlbezirk zu sprechen gekommen sei, so sei dies nur deßhalb geschehen, weil er die dortigen Verhältnisse eben genauer kenne, das allgemeine Interesse habe er dabei nicht aus dem Auge verloren. Was der Regierungsvertreter über die Bedeutung Waldshut's als Haupteingangsthor in die Schweiz gesagt habe, freue ihn sehr, bedauern aber müsse er, daß die Regierung trotzdem die Betriebsstätte von Waldshut weg verlegt habe.

Abg. Klein-Wertheim legt kurz den Standpunkt der Kommission dar.

Der Berichterstatter verzichtet auf's Wort, darauf wird der Kommissionsantrag genehmigt.

2. Ueber die Bitte der Gemeinde Staufen, Sulzburg u. s. die Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn Krozingen-Staufen-Sulzburg.

Berichterstatter Abg. Schuler verliest die Petition und die darin angeführten Gründe für dieses Projekt und stellt, da die Kommission die Nothwendigkeit der Bahn anerkennt, Namens derselben den Antrag auf empfehlende Ueberweisung der Petitionen, um so mehr als die Vorbedingungen zur Ausführung des Projektes sehr günstige sind und auch die betheiligten Gemeinden ihrerseits erhebliche Beisteuern leisten. Nur bezüglich des staatlichen Zuschusses beantrage die Kommission eine kleine Aenderung dahingehend, daß der Zuschuß 20,000 Mark pro Kilom. nicht übersteige.

Abg. Blankenhorn befürwortet die Petition.

Abg. Marbe dankt der Kommission und dem Berichterstatter für die freundliche Stellung zu vorliegendem Projekt. Wie bei der vorher behandelten Sache, so sei es auch hier ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß dieses Projekt zur Ausführung komme. Die Elsässer bauten auch in alle Vogesenthäler Bahnen, resp. hätten sie schon gebaut. Zu bedauern sei nur, daß nicht mehr auf diesem Landtag die Sache erledigt werden könne; die Bewohner müßten sich eben bis zum nächsten Landtag gedulden, von dem er erwarte, daß mit dem fertigen Projekt vor die Kammer getreten werden könne. Er bitte deßhalb um allgemeine Zustimmung zum Kommissionsantrag.

Abg. Venedey befürwortet ebenfalls den Kommissionsantrag.

Oberregierungsrath Zittel hat gegen den Antrag auch nichts einzuwenden.

Darauf wird der Antrag einstimmig genehmigt.

3. Bitte des Lokalkomites Bühlerthal, den Bau einer normalspurigen Bahn von Bühl nach Bühlerthal betreffend.

Abg. Kögler erstattet Bericht über den Inhalt der Petitionen, die sich auf den großen Verkehr, die bedeutende Industrie, den Fremdenverkehr und Holztransport stützt. Die Regierung erkenne diese Gründe an und stehe deßhalb dem Plan nicht unfreundlich gegenüber, befürworte auch einen Staatszuschuß, dessen Höhe allerdings noch nicht festgestellt werden könne. Die Kommission theile diese Ansicht, auch sie halte die Ausführung dieser Bahn für nothwendig und nützlich in mannigfacher Hinsicht. Der von den Bittstellern angeforderte Staatszuschuß sei jedoch zu hoch, er übersteige 20,000 M. pro Kilometer. Da ferner noch verschiedene schwebende Fragen zu erledigen seien, könne auch die Regierung den Staatszuschuß nicht festsetzen. In diesem Sinne stelle die Kommission den Antrag auf empfehlende Ueberweisung.

Abg. Lauck: Der Kommissionsantrag und die wohlwollende Behandlung dieser Petition erfülle ihn mit großer Freude und er spreche deßhalb der Kommission und ihrem Berichterstatter den gebührenden Dank aus. Im Jahre 1878 sei schon eine diesbezügliche Petition eingebracht worden, er als Vertreter des Bezirkes habe die Petenten damals veranlaßt, dieselbe zurückzuziehen, da nicht genügende Aussicht vorhanden war. Diesmal sei allerdings mehr Aussicht auf Erfolg vorhanden gewesen. Dies sei auch natürlich, denn in keinem Theil des Landes habe sich der Verkehr in dem Maße gesteigert, wie auf der Strecke Bühl-Bühlerthal, keine der Strecken für die auf diesem Landtag Staatszuschüsse bewilligt wurden, sei so verkehrsreich und rentabel wie diese Strecke. Hunderte von Menschen, von Bewohnern Bühlerthals seien in den großen Sägewerken ꝛc. beschäftigt und fänden bei dem geringen Grundbesitz eine ordentliche Existenz. In früheren Jahren habe man einmal auf Gemeindekosten mehrere Hundert Personen aus Bühlerthal nach Amerika befördert; das werde nicht mehr nöthig werden, wenn die Industrie des Bühlerthals konkurrenzfähig erhalten bleibe. Durch die umständliche Beförderung ihres Rohmaterials sei aber diese Konkurrenz sehr erschwert, sie könnte unter den gegenwärtigen Umständen insbesondere mit den württembergischen Sägebesitzern nicht auf die Dauer die Konkurrenz aushalten. Die Kreisstraße sei schwer zu befahren, in Bühl selbst sei der Holzverkehr an Markttagen ganz verboten, was allerdings gerechtfertigt, für die Industriellen aber sehr erschwerend sei. Da könne nur durch eine Bahn, nicht etwa, wie man schon gedacht habe, durch eine um Bühl herumführende Straße, geholfen werden. Nicht blos die Industriellen selbst, auch die Gemeinde Bühlerthal, die Stadt Bühl, der Kreis und wohl auch der Staat, insbesondere aber dieser habe ein Interesse an der Erstellung der verlangten Bahn, ebenso auch die Gesellschaft der Bühl-Kehl-Sekundärbahn. Er bitte deßhalb um Zustimmung zu dem Kommissionsantrag. Hinsichtlich des Staatszuschusses möchte er jedoch bitten, daß man an den verlangten 150,000 M. — die sämmtlichen Kosten betragen 600,000 M. — nichts mehr abstreiche. Morgen müßten hier Millionen bewilligt werden, heute handle es sich um eine Kleinigkeit, ferner möge man auch dem von den Petenten ausgesprochenen Wunsch bezüglich der Expeditionsgebühr, die den Aktionären theilweise überwiesen werden solle, Rechnung tragen.

Abg. Fieser befürwortet ebenfalls den Antrag und namentlich den vom Vorredner ausgesprochenen Wunsch bezüglich der Expeditionsgebühr und des Staatszuschusses, andernfalls habe die Lokalbahn gar keinen Nutzen.

Oberregierungsrath Zittel hätte sich eigentlich auf die Erklärung beschränken können, daß die Regierung dem Kommissionsantrag freundlich gegenüberstehe. Die principiellen Erörterungen des Vorredners veranlaßten ihn jedoch zu einer Erwiderung. Als verbesserte Fuhrwerke betrachte die Regierung die Lokalbahnen nicht, das sei wohl ein theoretischer Standpunkt der Generaldirektion, aber nicht der praktische. Wichtigeren Linien der Lokalbahnen könne man wohl einen Antheil an den Expeditionsgebühren zukommen lassen, doch müsse dies von Fall zu Fall entschieden werden. Im vorliegenden Fall sei diese Frage allerdings sehr wichtig. Die Expeditionsgebühr betrage hier pro Jahr ungefähr 20,000 Mark, ob diese ganz oder theilweise den Interessenten zukommen sollten, darüber habe sich die Regierung noch nicht entschieden.

Abg. Schüler hat in jüngster Zeit die Gegend aus eigener Anschauung kennen gelernt und kann nur bestätigen, was vom Abg. Lauck vorgetragen worden ist. Er bitte insbesondere, den Staatszuschuß in der verlangten Höhe zu belassen oder noch zu erhöhen und auch hinsichtlich der Expeditionsgebühr eine Vergünstigung zu gewähren.

Abg. Reichert bestätigt ebenfalls die Ausführungen des Abg. Lauck und weist insbesondere auf die Nothwendigkeit hin, daß bezüglich der Expeditionsgebühr den Interessenten Antheile gewährt werden, dies erscheine auch im Hinblick auf Gewinnung eines Unternehmers nothwendig. Ferner möchte er auch den Staatszuschuß in der angeforderten Höhe erhalten wissen; er glaube, daß sogar die Stadt Baden die Vortheile der Bahn verspüren werde.

Abg. Haug stimmt den Ausführungen des Abgeordneten Fieser bei.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung, Bitte vieler Gewerbetreibenden von Achern, die Verlegung des Güterbahnhofs daselbst betreffend, erstattet

Abg. Reichert Bericht. Die Kommission anerkennt, daß die westliche Lage der Güterhalle zu Unannehmlichkeiten führe, daß sei aber auch an anderen Orten in noch höherem Maße der Fall und stellt deßhalb den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Lauck will, nachdem das andere hohe Haus über die gleiche Bitte zur Tagesordnung übergegangen und auch unsere Kommission den gleichen Antrag stellte, einen anderen Antrag nicht stellen, da doch keine Aussicht auf Erfolg vorhanden wäre. Die Kommission habe die bestehenden Mißstände zwar anerkannt, aber nicht die richtige Konsequenz gezogen, nämlich die, daß Abhülfe getroffen werden solle. In dem Maße wie in Achern lägen sonstwo derlei Mißstände nicht vor; es sei ein Wunder, daß noch kein Unglück vorgekommen. Die Platzerwerbung für den Umbau komme nicht so hoch als man glaube. Die Stadt Achern könne jedoch für die Kosten des Umbaues nicht theilweise aufkommen; erstens hätten auch noch andere Gemeinden ein Interesse daran und zweitens habe Achern für sich gegenwärtig mancherlei Ausgaben, er erinnere nur an die Wasserleitung, den Bau eines Schlachthauses und eines Schulhauses. Die Bahnverwaltung solle sich mehr als eine geschäftliche Institution betrachten und ihre Kunden dementsprechend behandeln. Wenn für diesmal diesen alten und berechtigten Wünschen der Stadt Achern auch nicht Rechnung getragen werde, was er bedauere, so müsse dies doch später geschehen, denn auch die oberhalb der Station befindliche geradezu gefährliche Kurve müsse einmal beseitigt werden, wenn die projektirte schnellere Fahrzeit eingeführt werde.

Darauf wird der Kommissionsantrag angenommen.

Schluß ¾1 Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr.

Karlsruhe, 13. Juni.

92. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch Eisenlohr und Regierungskommissäre.

Haus und Tribünen mäßig besucht.

Erster Punkt der Tagesordnung: Berathung des Berichtes über den Gesetzentwurf, das Recht zur Ausgabe von Banknoten durch die Badische Bank in Mannheim betreffend.

Berichterstatter Abg. Rau erklärt den Zweck der Vorlage. Dieselbe verfolge die Absicht, die Großh. Regierung zu ermächtigen, die der Badischen Bank in Mannheim ertheilte Befugniß zur Ausgabe von Banknoten vom 25. März 1870 ab auf einen weiteren, nicht über 25 Jahre hinausgehenden Zeitraum zu erstrecken. Diese Befugniß wurde der Badischen Bank durch die Entschließung des vormaligen Großh. Handelsministeriums vom 25. März 1870 auf eine Zeitdauer von 25 Jahren ertheilt und zwar auf Grund des Gesetzes vom 10. März desselben Jahres, die Verleihung des Rechts zur Ausgabe von Banknoten an eine badische Bank betr. Die Badische Bank ist eine Privatnotenbank im Sinne des Reichsbankgesetzes vom 14. März 1875, dessen bezüglichen Bestimmungen sie auch unterstellt ist. Das erwähnte Reichsbankgesetz, sowie das Reichsgesetz vom 18. Juli 1884, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften forderten die Abänderungen verschiedener Bestimmungen des ursprünglichen Statuts und so erfolgte mit der Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern vom 15. August 1887 die Veröffentlichung der revidirten, den Vorschriften beider Gesetze angepaßten und heute noch giltigen Statuten. Falls sich nun die Gesellschaftsorgane der Badischen Bank im Sinne des Fortbestehens dieser als Notenbank

schlossig machen würden, und zu einer solchen Entschließung wird man sich wohl versehen dürfen, so wäre die Erfüllung eines dahin gerichteten Verlangens von den nachfolgenden reichsgesetzlichen und landesgesetzlichen Bedingungen abhängig. Durch den vorgelegten Entwurf verlangt nun die Großh. Regierung die im Berichtseingange erwähnte gesetzliche Ermächtigung, der Badischen Bank die Befugniß zur Ausgabe von Banknoten auf weitere 20 Jahre zu ertheilen. Begründet wird die Fortexistenz einer Badischen Notenbank mit den im Jahr 1889 eingegangenen Erklärungen der Handelskammern des Landes, denen zufolge das Bestehen einer badischen Zettelbank neben der Reichsbank einem entschiedenen Bedürfnisse entspricht. Diese in ihrer überwiegenden Mehrzahl übereinstimmenden Gutachten der Handelskammern bestehen aber heute noch ungeschmälert fort und eine neuerliche Umfrage bei den genannten Gremien würde ein anderes Resultat nicht zu Tage fördern. Auch die Kommission anerkennt voll und ganz die werthvollen und nahezu unersetzlichen Dienste, welche eine zweckgeleitete Landesnotenbank dem gesammten Kreditverkehr und dem Handel des Landes zu leisten im Stande ist, und sie hält dafür, daß die Badische Bank die Erwartungen und Voraussetzungen, die bei ihrem Inslebentreten in sie gesetzt wurden, sämmtlich erfüllt hat und daß sie das ehrenvolle Zeugniß einer solid geführten und wohlgeordneten Zettelbank beanspruchen darf. Die Kommission spricht damit aus, daß, insolange keine reichsgesetzlichen Bestimmungen dem zuwiderlaufen, es nur wohlverstandenen volkswirthschaftlichen Interessen entspricht, dem Lande ein Noteninstitut auf den bisher bewährten und soliden Grundlagen zu erhalten.

Eine von der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden an die zweite Kammer gerichtete Petition schließt mit der Bitte, „es möchte die der Badischen Bank in Mannheim verliehene Befugniß zur Ausgabe von Banknoten auf weitere 25 Jahre ertheilt und der Hauptsitz der Bank von Mannheim nach Karlsruhe verlegt werden. Begründet wird der letztere Theil der Petition mit dem Hinweise, daß der Hauptsitz eines Geschäftes dahin gehöre, wo die bedeutendsten Ergebnisse erzielt werden; in Mannheim befinde sich das Hauptreservoir für die Banknoten, so daß die Diskontirung der in Karlsruhe eingereichten Wechsel, wegen erst herzuschaffender Noten aus Mannheim bisweilen Verzögerung erleide und endlich umfasse das Karlsruher Depositengeschäft heute etwa 42 Millionen, während das Mannheimer nur wenig über 11 Millionen aufweise. Es wird ferner hervorgehoben, daß die ohnedem nicht sehr reichlichen Mittel möglichst für die badische Geschäftswelt vorzubehalten wären, dies aber leichter zu erreichen sei, wenn der Hauptsitz der Bank sich in dem mehr central gelegenen Karlsruhe, als in dem an die bayerische Pfalz angrenzenden Mannheim befinde.

Die Kommission sei jedoch, wie auch die Erste Kammer, der Ansicht, daß Mannheim der Hauptsitz der Bank bleiben solle und stelle den Antrag: „1. Die hohe Zweite Kammer wolle dem Entwurfe eines Gesetzes, das Recht zur Ausgabe von Banknoten durch die Badische Bank in Mannheim betreffend, ihre Zustimmung ertheilen, und 2. die Petitionen der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, sowie diejenige für den Kreis Mannheim und des Stadtraths Mannheim für erledigt erklären."

Abg. v. Buol glaubt, daß das Haus dem Kommissionsantrag seine Zustimmung geben werde, denn es sei wohl nothwendig, daß der Wunsch auf Verlängerung der Notenausgabe, möglich einstimmig zum Ausdruck komme, dabei sollten aber alle Nebenschädlichkeiten, die diese Verlängerung zu erschweren oder unmöglich zu machen geeignet sind, bei Seite gelassen werden, insbesondere eine Verlegung des Hauptsitzes der Badischen Bank von Mannheim nach Karlsruhe ganz aus dem Spiele bleiben.

Abg. Hoffmann bespricht die Petitionen der Handelskammern von Karlsruhe und Pforzheim, welche die Verlegung von Mannheim nach Karlsruhe betreffen. Der Notenverkehr in Karlsruhe und Pforzheim und den angrenzenden Landestheilen sei ein ganz enormer, so daß nicht selten ein Mangel an Noten eintrete. Die Verlegung nach Karlsruhe erscheine ihm gerechtfertigt.

Staatsrath Eisenlohr stimmt mit den Ausführungen des Abg. v. Buol überein und hofft ebenfalls auf einstimmige Annahme des Regierungsvorschlages gemäß dem Kommissionsantrag.

Abg. Bassermann weist auf die Nothwendigkeit des Verbleibens der Bank in Mannheim hin, die als erster Handelsplatz einen Anspruch darauf habe. Mangel an Banknoten habe sich seines Wissens in Karlsruhe niemals fühlbar gemacht.

Die Abgg. Kögler, Greiff und Schlosser sprechen ebenfalls für die Verlängerung der Notenausgabe.

Darauf wird der Kommissionsantrag angenommen.

Am Ministertisch erscheinen die Herren Staatsminister Turban, Finanzminister Ellstätter und Generaldirektor Eisenlohr.

Zweiter Punkt der Tagesordnung. Uebereinkommen zwischen Baden und dem Reich, die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Karlsruhe und Rastatt betreffend.

Abg. Engelberth ergreift das Wort, weil die von ihm vertretene Stadt Rastatt bei der Sache auch betheiligt ist, und spricht Namens dieser Stadt der Regierung den Dank dafür aus, daß sie bei Abschluß des Uebereinkommens die Rastatter Interessen im Auge behalten habe. Nur hätte man in Rastatt gewünscht, daß der Rheinübergang etwas nördlicher gelegt worden sei, da Rastatt seinen Verkehr mehr nach den nördlichen Orten des Elsaß habe, während die südlicher gelegenen mehr mit Straßburg in Verbindung stehen. Weiter sei es sehr zu wünschen und zwar auch im strategischen Interesse, daß die Eisenbahnbrücke auch als Fahr- und Fußgängerbrücke erstellt werde. Redner weist auf die mißlichen Verhältnisse Rastatt's, das durch seine Festungseigenschaft in seiner Entwicklung zurückgeblieben sei, hin, und hofft deshalb, daß der Staat bei Erwerbung des Bahnhofgeländes der Stadt einen annehmbaren Preis zahle, auch solle den übrigen Verkehrsbedürfnissen den Privaten und der Stadt möglichste Rücksicht getragen werden. Zum Schluß bemerkt er noch, daß gleichzeitig mit dem Bahnhof auch ein Zollgebäude erstellt werde, und wünscht, daß das Haus der Vorlage zustimme.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Geisingen, 12. Juni. Gestern fand die feierliche Uebergabe der Wasserversorgung des Exp- und Pfinzplateaus statt, welcher auch Ihre Königliche Hoheiten der Großherzog und der Erbgroßherzog anwohnten. Die betheiligten Gemeinden, darunter auch einige aus unserm Bezirk, prangten im Festschmuck.

Oberkirch, 10. Juni. Die Frühkirschenernte im Renchthale ist in vollem Gange. Quantitativ ist sie als Mittelernte zu bezeichnen; die Qualität der Früchte aber ist vorzüglich. Die Zufuhr auf die jeweils Montags, Donnerstags und Samstags in den Frühstunden hier stattfindenden Märkte ist schon sehr bedeutend. Am letzten Markttage waren beispielsweise 1500 Körbe Kirschen aufgestellt, welche raschen Absatz an Händler fanden. Der Preis für den Korb im Gewichte von etwa 12 Kilo betrug je nach Qualität M. 1.50 bis 2 M. Begünstigt durch die schöne Witterung schreitet auch die Reife der Spätkirschen rasch voran, und ist auch hier auf reichlichen Ertrag und gute Qualität zu rechnen, Händler haben also hier jederzeit günstige Einkaufsgelegenheit.

Konstanz, 11. Juni. Die heute hier stattgehabte Officierszusammenkunft war vom schönsten Wetter begleitet. Die „Konst. Ztg." berichtet darüber: Unter Salutschüssen und den Klängen der vier Regimentskapellen fuhren der „Kaiser Franz Joseph I." mit den österreichischen und bayerischen Offizieren, sowie der reich mit Lauben, Guirlanden und Draperien geschmückte „König Karl", an Bord die württembergischen Offiziere, um 8 Uhr in den hiesigen Hafen ein. Am Hafen hatten sich das gesammte Offizierkorps des hiesigen Regiments, die Reserveoffiziere und Militärbeamten eingefunden, welche die ankommenden Kameraden mit lebhaften Zurufen begrüßten. Ein ungemein zahlreiches Publikum wohnte mit lebhaftem Interesse dem Empfange bei und begab sich sodann, den Offizieren folgend, nach dem Stadtgarten, wo die fremden Militärkapellen konzertirten. Marktstätte und Kanzleistraße hatten reich beflaggt.

Vermischte Nachrichten.

** Bochum, 13. Juni. Durch einen mit sechs Metzgergesellen besetzten Wagen, der gestern in den Turner-Festzug hineinfuhr, sind zahlreiche Personen verwundet worden. Bis gestern Abend waren 16 ermittelt, welche wegen mehr oder weniger schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht wurden. Ein Schreiberlehrling ist bereits gestorben. Die Insassen des Wagens wurden sofort verhaftet.

** München, 13. Juni. Gestern Abend um 9 Uhr ist der letzte der verschütteten 12 Bergarbeiter in Hausham, nachdem er 12 Stunden verschüttet war, gesund aber schwach zu Tage gefördert worden.

** Prag, 14. Juni. Der Bergmann Havelka hat gestanden, den Brand des Bergwerks in Przibram durch Unvorsichtigkeit verursacht zu haben.

** Paris, 14. Juni. Aus Blaye wird gemeldet: Auf einem englischen Petroleumreservoirschiff erfolgte eine Explosion, wodurch gegen zwanzig Personen getödtet wurden. Mehrere benachbarte Boote sind niedergebrannt. Die Explosion soll durch einen Blitzstrahl erfolgt sein.

** Athen, 14. Juni. In letzter Zeit wurden hier verschiedentlich Erdstöße verspürt. In Theben stürzten zwei Häuser ein, wobei eine Person getödtet wurde. Die Bevölkerung kampirt im Freien.

** Pavia, 13. Juni. Durch die Explosion eines Fasses Benzin ist ein größerer Brand in einem Kaufmannsladen entstanden. Der Fußboden stürzte ein. Vier Personen wurden getödtet, fünf verwundet.

** San Francisco, 13. Juni. In einer zur Herstellung von Granaten bestimmten Abtheilung des See-Arsenals auf Mare Island hat eine Explosion stattgefunden, durch welche 12 Personen getödtet und drei schwer verletzt wurden. Die Werkstatt wurde durch Feuer zerstört.

Bürgerausschuß.

Schm. **Karlsruhe,** 13. Juni. Gestern Nachmittag wurde eine Sitzung des Bürgerausschusses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schnetzler abgehalten. Zunächst begrüßte der Vorsitzende den in der Versammlung zum ersten Mal erschienenen zweiten Bürgermeister Herrn Siegrist und stellte ihn der Versammlung vor. Herr Siegrist dankte für das ihm durch die ehrenvolle Wahl entgegengebrachte Vertrauen. — Von dem Eintritt in die Tagesordnung richtete der Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten, Herr Kommerzienrath Schneider, an den Stadtrath die Anfrage, was dieser angesichts der Gefahr, welche der Rentabilität der städt. Rheinbahn durch die dem Landtage vorgelegten Bahnbauprojekte des Staates droht, zu thun gedenke. Der Redner entwickelte eingehend die Schädigungen, welche die Finanzen der Stadt nach Ausführung dieser Projekte voraussichtlich erleiden würden, und sprach die Ansicht aus, daß nach Recht und Billigkeit der Staat verpflichtet sei, der Gemeinde eine gewisse Schadloshaltung zu gewähren, selbst wenn kein formales Recht dazu verpflichte, wie denn auch umgekehrt die Bürger von Karlsruhe dem Staate gegenüber stets eine loyale und patriotische Gesinnung bethätigt hätten. Stadtverordneter Fieser legt klar, daß der Stadtgemeinde keinerlei Recht zustehe, die neuen Bahnprojekte zu hindern, und gab eine ausführliche Darstellung der Geschichte dieser Projekte. Die Stadt sei auf das Wohlwollen und das Billigkeitsgefühl der Regierung angewiesen, und er zweifle, nachdem er über diese Angelegenheit mit dem Finanzminister Rücksprache genommen habe, nicht daran, daß die Regierung die Stadtgemeinde schonend behandeln werde. Man müsse darauf vertrauen, daß es dem Stadtrath gelingen werde, mit der Regierung ein Abkommen abzuschließen, welches die Gemeinde vor allzu großem Schaden bewahre. Oberbürgermeister Schnetzler theilt mit, die Regierung habe dem Stadtrath von den Bahnprojekten mit dem Anfügen Kenntniß gegeben, daß sie später wegen der Verhältnisse der Maxauer Bahn mit der Stadtgemeinde in Erörterungen treten wolle. Der Stadtrath habe hierauf sofort eine Abordnung an den Herrn Finanzminister entsendet, um Näheres zu erfahren. Der Herr Finanzminister habe aber erklärt, im gegenwärtigen Stadium der Sache noch keine Vorschläge machen zu können. Der Redner ist gleichfalls der Meinung, daß auf dem Rechtswege für die Gemeinde nichts zu erreichen sei; die Abordnung des Stadtraths habe indessen den Eindruck gewonnen, daß der Herr Finanzminister bestrebt sei, die Stadt in billiger Weise zu behandeln und den ihr drohenden Schaden, soweit die Regierung dazu im Stande ist, auf das thunlichst geringe Maß zu mindern. Der Stadtrath habe das Finanzministerium gebeten, ihm die Propositionen der Regierung bezüglich der Verhältnisse der Maxauer Bahn sobald als thunlich zugehen zu lassen. Der Stadtrath sei sich der Wichtigkeit der in dieser Sache ihm zufallenden Aufgabe voll bewußt und werde nach Kräften bestrebt sein, das Interesse der Stadt zu wahren. Nicht zweckmäßig scheine es jedoch, in öffentlicher Besprechung über die Schritte, die noch gethan werden sollen, sich auszulassen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf den Verkauf eines Geländestücks von 10 Centr. an der Rintheimerstraße an den Fuhrunternehmer Kübler. Im Namen des Stadtraths befürwortete Bürgermeister Siegrist und im Namen des Stadtverordnetenvorstands Stadtverordneter Glaser den Antrag zur Annahme, dem die Versammlung einstimmig beitrat.

Als zweiter Gegenstand befand sich auf der Tagesordnung: die Zurücksetzung der Mauer des Forstschulgartens in die durch den Ortsbauplan für die Georg-Friedrich-Straße festgesetzte Straßenflucht auf städtische Kosten, sowie der Abschluß eines Vertrags mit der Großh. Domänendirektion über die unentgeltliche Räumung des in die Straße fallenden domänenärarischen Gebäudes. Der Antrag wurde im Namen des Stadtraths von Oberbürgermeister Schnetzler und im Namen des Stadtverordnetenvorstandes vom Stadtverordneten Dengler befürwortet und einstimmig genehmigt.

Der weitere Gegenstand der Tagesordnung: „Herstellung der Gehwege der Moltkestraße zwischen Kunstgewerbeschule und Kadettenhaus mit fester Deckung", Referenten des Stadtraths Oberbürgermeister Schnetzler und des Stadtverordnetenvorstandes Stadtverordneter Schmidt, wurde mit allen gegen eine Stimme genehmigt.

Mit gleichem Stimmenverhältniß erfolgte auch Genehmigung des Antrags auf Erlaß von Ortsstatuten über den Ersatz von Straßen- und Kanalkosten bezüglich der Gerwigstraße, Strecke nördlich des Schafgrabens, nachdem im Namen des Stadtraths Oberbürgermeister Schnetzler und im Namen des Stadtverordnetenvorstandes Stadtverordneter Wörner den Antrag zur Zustimmung empfohlen hatten.

Die Anträge: Vermehrung der Lehrstellen an der Realschule, insbesondere Nachtrag zu den Satzungen dieser Anstalt, Referenten des Stadtraths Oberbürgermeister Schnetzler und des Stadtverordnetenvorstands Stadtverordneter Schmidt; Bewilligung der Mittel zur Errichtung einer neuen Schuldienerstelle, Referenten des Stadtraths Bürgermeister Siegrist und des Stadtverordnetenvorstandes Stadtverordneter Schmidt; Herstellung von Anlagen und Einfriedigungen auf dem neuen Friedhof, Referenten des Stadtraths Oberbürgermeister Schnetzler und des Stadtverordnetenvorstands Stadtverordneter Erbin, wurden einstimmig genehmigt. Zu letzterem Gegenstand sprach Stadtverordneter Glockner den Wunsch aus, es möchte mit dem Verkauf des zum Bebauen bestimmten Geländes des alten Friedhofs möglich zurückgehalten und zunächst der ganze Platz zu einer öffentlichen Anlage umgewandelt werden. Oberbürgermeister Schnetzler bemerkte, daß die Auffassung des Vorredners bezüglich der Plananlage mit der des Stadtraths übereinstimme. An den Verkauf von Gelände würde nur herangetreten werden, wenn ein Bedürfniß hierzu vorliege; in nächster Zeit sei ein Verkauf aber nicht beabsichtigt.

Als letzter Gegenstand der Tagesordnung unterlag der Berathung der Abschluß von Dienstverträgen mit dem 1. Bürgermeister Krämer und dem 2. Bürgermeister Siegrist. Von Seiten des Stadtraths wurde der Antrag durch Oberbürgermeister Schnetzler und von Seiten des Stadtverordnetenvorstands vom Stadtverordneten Schneider befürwortet und auf erfolgte Abstimmung genehmigt.

Haus- und Landwirthschaftliches.

= Finden sich bei frisch gelegten Hühnereiern kleine Blutflöckchen am Eigelb und zwar entweder oben oder unten, so sind es wohl Eier von jungen Hühnern, welche zum ersten Male legen und es hängt mit der noch nicht vollendeten Ausbildung der Hühner zusammen; die Sache wird sich ändern mit der vollen Ausbildung der jungen Hühner und recht kräftiges Futter wird dies beschleunigen.

= Für Tauben gilt die Erbse allgemein als vorzügliches Futter, wahrscheinlich weil sie von den Tauben gerne genommen wird, allein das letztere geschieht darum, weil die Erbse sich leicht aufnehmen läßt. Als Futter für die Taube ist sie durchweg zu schwer; sie macht die Taube faul und träge und führt in Folge ihrer „Strenge" Krankheiten herbei, die in Kropf und Magen ihren Ursprung haben. Als Zwischenfutter oder ab und zu einmal in geringerer Menge schadet sie dagegen nicht.

= Wie einträglich der Obstbau mitunter sein kann, zeigt ein in Geisenheim im Rheingau vorgekommener Fall. Auf einer 15 Ar großen Fläche, die dicht mit Aprikosenbäumen bepflanzt ist (Hochstämme und Spalier), erntete der Eigenthümer 45 Centner, pro Centner 32 Mk., gleich 1440 Mk. reine Einnahme. Der Ankaufspreis betrug 1000 Mk. Rechnet man dazu noch 800 Mk. Anlage- und seitherige Unterhaltungskosten, so ergibt sich eine Auslagesumme von 2400 Mk., der eine einzige Jahreseinnahme von 1440 Mk. gegenübersteht, d. i. das Kapital hat sich mit 60 Prozent verzinst.

= Verfälschter Honig ist's, wenn eine Probe des Honigs mit der doppelten Menge Spiritus versetzt und tüchtig verschüttelt einen trüben Niederschlag zeigt. Unverfälschter Honig ist's, wenn er sich in Spiritus völlig auflöst.

= Woher kommt die Kolik der Pferde? Als Ursachen der Kolik werden hauptsächlich Bewegungsmangel, Streufressen, Maisfütterung angegeben.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. Juni. Der König und die Königin von Italien treffen hier Montag Abend ein.

Paris, 15. Juni. Der Import Frankreichs im Mai betrug 401 Millionen gegen 272 im Vorjahre, darunter Nahrungsmittel 210 Millionen gegen 90 im Vorjahre. Der Export im Mai betrug 320 Millionen gegen 262 im Vorjahre.

Brüssel, 15. Juni. In Lüttich wurden die Liberalen mit einer Mehrheit von 1600 Stimmen gewählt. In Ostende siegten gleichfalls die Liberalen. Die liberalen Organe feiern den Wahlsieg in Brüssel, welcher die Bildung der zur Revision nach den Wünschen der Regierung erforderlichen konservativen Zweidrittel-Majorität verhindere. Die klerikalen Blätter beklagen den Mißerfolg in Brüssel und bezeichnen das Wahlresultat in der Provinz als großen Erfolg der Regierung. Die Konservativen tadeln die Wahleinigung der Liberalen und Socialisten als unmoralisch. Aus mehreren Orten Belgiens werden Wahlexzesse gemeldet. In Ath ward das Lokal des katholischen Vereins angegriffen, von berittener Gensdarmerie mit blanker Waffe vertheidigt. Die Menge riß das Pflaster auf und verwundete den Untersuchungsrichter. Mehrere Personen wurden durch Bajonnetstiche verletzt. In einzelnen katholischen Etablissements wurden die Fenster zertrümmert. In Brüssel und Lüttich herrscht lebhafte Erregung. Mehrere Aufläufe fanden statt. In Lüttich werden für den Abend Manifestationen erwartet. — Der Zug der Socialisten begab sich Abends in das Versammlungshaus der liberalen Vereinigung. Mehrere Redner sprachen ihre Freude aus über das Zusammengehen der Arbeiter und der Liberalen. In der Versammlung der Katholiken hob der Vorsitzende die für die Konservativen günstigen Wahlresultate in der Provinz hervor. In Lüttich durchzogen Abends Schaaren Liberaler und Socialisten die Straßen. In Gent herrschte große Erregung. Die Versammlungssäle der Katholiken wurden durch Polizei und Gendarmen bewacht. Die Polizei hatte energische Maßnahmen getroffen.

Rom, 15. Juni. Es verlautet, der Besuch des italienischen Königspaares in Potsdam werde in der nächsten Woche erfolgen. Jedoch sind diese Nachrichten nicht authentisch.

Barcelona, 15. Juni. Bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und Ausständigen in Sanandres sind ein Soldat und mehrere Arbeiter verwundet. In Folge der Verwendung von Truppen nahm die Schärfe und Zahl der Zusammenstöße in Barcelona ab.

Chicago, 15. Juni. Montag Nachmittag wurde Chicago und Umgegend von einem gewaltigen Orkan heimgesucht. Es verlautet, 7 Personen seien getödtet, 15 verletzt worden. Der Schaden an Eigenthum wird auf mehrere Hunderttausend Dollars geschätzt.

Eine Bitte an die Parteigenossen.

Als Ende 1890 in Offenburg ein eigenes Centrumsblatt gegründet wurde, habe ich Anlaß genommen, die Parteigenossen und Freunde darauf aufmerksam zu machen.

Seit 12 Jahren habe ich persönlich mehr oder weniger Antheil gehabt an den politischen Wahlkämpfen des Bezirkes Offenburg und mich von Jahr zu Jahr mehr überzeugt, wie dringend nothwendig ein eigenes leistungsfähiges Blatt für diese Gegend ist. Als es endlich zu Stande gekommen war, habe ich selber der Sache nicht entgegen sein können, ihm nach Kräften meine eigene Unterstützung zukommen zu lassen. Ich habe es dadurch gethan, daß ich nach Möglichkeit regelmäßig mitarbeitete. Während der Kammerthätigkeit war mir das von Anfang an erschwert und im Laufe der Zeit geradezu unmöglich, wenn nicht andere pflichtmäßige Arbeiten darunter leiden sollten. So kam es, daß ich in den letzten Monaten eine Pause eintreten lassen mußte.

Da nun die Kammertagung zu Ende geht, habe ich meine frühere Arbeit bei der „Offenburger Zeitung" wieder aufgenommen. Es bedarf wohl kaum der Versicherung, daß mich lediglich die Rücksicht auf die gemeinsame und wichtige Sache unserer Partei im Allgemeinen wie speziell in der Gegend von Offenburg dazu bestimmt hat. Und ich glaube beifügen zu dürfen, ohne in den Verdacht der Unbescheidenheit zu kommen, daß ich überhaupt alle Kraft und Zeit dem Dienste unserer Partei nehme, welche mir die Erfüllung meiner Berufspflichten übrig läßt.

Es ist ein beschwerlicher und aufreibender Dienst, reich an Sorgen und Verdrießlichkeiten. Dabei thut es Einem ordentlich wohl, wenn man bei gleichgesinnten Männern Interesse und Unterstützung findet. Um dieses Interesse und diese Unterstützung bitte ich angelegentlich auch bei meiner Arbeit für die „Offenburger Zeitung". Das Blatt bedarf derselben, namentlich jetzt im Anfange seines Bestehens.

Es ist mir das Gedeihen aller Parteiblätter angelegen, weshalb ich keines verkürzen oder schädigen möchte dadurch, daß ich eines besonders unterstütze und der Unterstützung Anderer empfehle.

Allein es gibt Hunderte und Tausende von Parteigenossen im Lande, für die es kaum ein Opfer ist, wenn sie neben dem Blatte, das sie bis jetzt gehalten haben und in Zukunft forthalten werden, noch ein zweites kleines Blatt bestellen. Um was ich hier bitte, das habe ich selbst zu jeder Zeit geübt.

Jeder Parteigenosse darf froh sein, wenn er persönlich den Parteikämpfen in der Presse, bei Wahlen und sonst im öffentlichen Leben, persönlich etwas ferner steht. Nicht Allen ist es möglich und die Sache unserer Partei wäre ja verloren, wenn Niemand den Arbeiten, Sorgen und Opfern dieser Kämpfe sich unterziehen würde.

Um so mehr ist es billig und nobel, daß man denen Interesse und Unterstützung zu Theil werden läßt, welche an der Last der Kämpfe mittragen müssen.

Während des gegenwärtigen Landtages sind mir aus allen Theilen des Landes, von Priestern und Laien, von Korporationen, Vereinen, Versammlungen und einzelnen Personen so viele Erweise der Anerkennung und Beweise des lebhaftesten Interesses für unsere Arbeiten auf parlamentarischem Boden zugekommen, daß es unmöglich war, die vielen Schreiben dankend zu beantworten. Es ist mir damit viele Aufmunterung, aber auch viele Beruhigung geboten worden.

Ich benütze die Gelegenheit, öffentlich dafür zu danken und darf vielleicht die Bitte anknüpfen, es möge mir die kleine Unterstützung zur Förderung der „Offenburger Zeitung" nicht versagt werden.

Ohne ein anderes Blatt abzubestellen, mögen recht viele Freunde und Gesinnungsgenossen im Lande auf die „Offenburger Zeitung" abonniren und Anderen das Abonniren auf sie empfehlen, die in ähnlichen Verhältnissen sich befinden. Diese Bitte richte ich ganz besonders an meine hochwürdigen Amtsbrüder und sage zum Voraus herzlich vergelt's Gott! für jegliche Unterstützung.

Karlsruhe, 14. Juni 1892.

Theodor Wacker.

Fahrplan

über die auf der Strecke Seckach-Walldürn in der Wallfahrtsperiode 1892 laufenden Extrapersonenzüge.

Extrazug I Walldürn-Seckach

am 15. bis mit 26. Juni und am 28. Juni:

Walldürn		ab: 12^{00}
Hainstadt	an: 12^{10}	ab: 12^{16}
Buchen	an: 12^{31}	ab: 12^{36}
(Kreuzung mit Zug 155, links ausweichen.)		
Bödigheim	an: 12^{47}	ab: 12^{50}
Seckach	an: 12^{60}	

Extrazug II Seckach-Walldürn

vom 15. bis mit 26. Juni und am 28. Juni.

Seckach		ab: 2^{00}
Bödigheim	an: 2^{10}	ab: 2^{1}
Buchen	an: 2^{30}	ab: 2^{35}
Hainstadt	an: 2^{50}	ab: 2^{51}
Walldürn	an: 3^{00}	

(156 hat Ankunft des Extrazugs II abzuwarten.)

Extrazug III Walldürn-Seckach

am 19., 26., 29. Juni und am 3. Juli.

Walldürn		ab: 6^{00} N.
Hainstadt	an: 6^{10}	ab: 6^{14}
Buchen	an: 6^{30}	ab: 6^{34}
Bödigheim	an: 6^{47}	ab: 6^{50}
Seckach	an: 6^{60}	

(155 hat Ankunft des Extrazugs III abzuwarten.)

Extrazug IV Buchen-Walldürn

am 26. Juni.

Buchen		ab: 7^{00} Vorm.
Hainstadt	an: 7^{10}	ab: 7^{14}
Walldürn	an: 8^{0}	

Es kursiren sonach:

am 15., 16., 17., 18., 20., 21., 22., 23., 24., 25. Juni: Extrazug I und II,
am 19. Juni: Extrazug I, II und III,
am 26. Juni: Extrazug I, II, III und IV,
am 28. Juni: Extrazug I und II,
am 29. Juni: Extrazug III,
am 3. Juli: Extrazug III.

Für schwitzende und empfindliche Füße, für Militär und Touristen, ist von dem Weißwarengeschäft **Friedrich Roloff,** Kriegstraße 14, eine waschbare Schweißsohle aus Badeschwamm hier eingeführt, deren Benutzung für die warme Jahreszeit sehr zu empfehlen ist. Diese Sohle saugt den Schweiß vollständig auf und gibt dem Fuße eine außerordentlich angenehme, weiche Unterlage, welche Erkältung ebenso wie Schmerzen, Brennen und Wundgehen der Füße — selbst bei anstrengendsten Märschen — sicher verhütet. In der Armee ist diese Neuheit zufolge kriegsministerieller Empfehlung bereits seit Jahren weit verbreitet.

Des hohen Frohnleichnamsfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Freitag Mittag.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Handel und Verkehr.

Mannheim, 13. Juni. (Fettviehmarkt.) Es waren beigetrieben: 39 Ochsen, 414 Rinder und Kühe, 5 Farren, 131 Kälber, 98 Schweine, 48 Milchkühe, 17 Schafe. Die Preise stellten sich per 100 Kilo Schlachtgewicht: Ochsen 1. Qual. 140, 2. Qual. 132 Mk., Rinder und Kühe 1. Qual. 130, 2. Qual. 110 Mk., Farren 1. Qual. 110, 2. Qual. 102 Mk., Kälber 1. Qual. 130, 2. Qual. 120 Mk., Schweine 1. Qual. 120, 2. Qual. 114 Mk., Milchkühe per Stück 450—175 Mk., Durchschnittspreis 275 Mk., Schafe per Stück 25 Mk. Zusammen 762 Stück.

Offenburg, 11. Juni. (Frucht- und Marktpreise.) Weizen per 2 Ctr. 20.35 Mk., Halbweizen 18.75 Mk., Korn 18.— Mk., Hafer —.— Mk., Gerste 15.50 Mk., Welschkorn —.— Mk.

Offenburg, 11. Juni. (Schweinemarkt.) Aufgefahren wurden: 360 Stück, darunter 7 Läufer von 40—50 Pfund, aus 24 Ortschaften in 62 Sendungen der Bezirksämter Achern, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach. Geschäftsgang: ziemlich gut. Preise für das Paar Läufer 42—64 Mk., für das Paar Ferkel 12—26 Mk.

Frankfurt, 14. Juni. Wenn auch die heutige Börse im Allgemeinen eine feste Tendenz zur Schau trug, so bewegte sich, laut „Frankf. Ztg.", das Geschäft doch nur in sehr engen Grenzen. Die Hinausschleppung der parlamentarischen Verhandlungen bezüglich der Valutaregulirung verstimmt; in Wien und wie wir von seriöser Seite hören, sollen sogar die Verhandlungen mit der Finanzgruppe ohne Rücksicht auf die jetzt erfolgende parlamentarische Erledigung der Valutaangelegenheit nicht vor dem Monat Oktober d. Js. beginnen. Für Oesterreichische Kreditaktien herrschte unter dem Eindruck des obenerwähnten Gerüchts Abgabelust und der Kurs dieses Papieres gab weiter nach. Unsere deutschen Bankaktien verkehrten dagegen in ziemlich fester Haltung. Die bei Eröffnung des Verkehrs auf dem Montanmarkte herrschende Schwachheit mußte im Laufe des Geschäftes wieder einer günstigeren Stimmung Platz machen. Oesterreichische Bahnen fest, namentlich Lombarden auf den günstigen Wochenausweis gebessert. Schweizerbahnen lustlos. Ausländische Renten behauptet.

Hamburg, 14. Juni. Kaffee good aver. Santos per Juni 64¹/₄, per Juli 63³/₄, per August 63³/₄, per September 63³/₄, per Oktober 61³/₄, per November 61¹/₄, per Dezember 61¹/₄, per Januar 60³/₄, per Februar 60³/₄, per März 60³/₄, per April 60¹/₄. — Rübenzucker: I. Produkt Basis 88⁰/₀ Rendement, neue Usance, frei am Bord Hamburg, per Juni 13.35—, per Aug. 13.37¹/₂, per Okt. 12.95—, per Dez. 12.85—.

Bremen, 14. Juni. Petroleum. Raff. Standard white l. 5.70. — Schmalz 34.50. — Baumwolle State Upland middling loco 40.50, desgl. Basis middling per Juni 40.—, per Juli 40.25.

Türkische 400 Fr.-Loose vom Jahre 1870. Ziehung am 1. Juni. Auszahlung am 1. Juli 1892. Außer den bereits mitgetheilten Hauptpreisen wurden noch folgende Gewinne gezogen: Nr. 604144 649506 815068 1186187 1510472 1832919 je 2000 Fr. Nr. 109181 109182 271660 617283 617290 850842 1081567 1101568 1126182 1148440 1397322 1496128 je 1250 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 1000 und 400 Fr. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 13. Juni. Georg Grafe von Rosalin, Schlosser hier, mit Maria Müller von Bühl. — 14. Juni. Paul Seidel von Rudolstadt, Backer hier, mit Johanne Wehmeyer von Dornberg. — Dominik Leberle von Rhenbach, Bahnhofarbeiter hier, mit Susanna Jung Wittwe von Untergrombach. — Dr. Maximilian Endres von Großhadersdorf, Professor hier, mit Alexandrine Nakl von hier.

Eheschließungen: 14. Juni. Karl Gerold von Niedergründau, Verlader hier, mit Anna Schwarz von Mülben. — Andreas Lorenz von Zugweiler, Schneider hier, mit Katharina Laakel von Oeschelbronn. — Johann Schmid von Langert, Kutscher hier, mit Karolina Maier von Wössingen.

Geburten: 8. Juni. Anna, Vater Karl Stolz, Zimmermann. — 9. Juni. Karl Friedrich, Vater Franz Maier, Kaufmann. — 11. Juni. Adolf Wilhelm, Vater Leop. Appert, Mühlenmacher. — 14. Juni. Emil, Vater Ignaz Kistner, Maschinenformer.

Todesfälle: 12. Juni. Emilia Crailsheim, Privatiere, ledig, alt 43 Jahre. — 13. Juni. Karl Hemberger, Zimmermann, ein Ehemann, alt 52 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Kenzingen: Anna Maria Weber, geb. Derendinger, 69 J.

Offenburg: Rosine Herzing, Wittwe. — Emil Kahler, Privatmann.

Efringen: Joh. Fr. Schlinbaum, Altrathschreiber, 68 J.

Lörrach: Kath. Egle, Wittwe, geb. Träutlin, 70 J.

Pforzheim: Bertha Bürger, geb. Kunz. — Pauline Gallie, geb. Suter, 25 J.

Sipplingen: Maximiliane Beirer, Altkronenwirthin.

Wasserschläuche in Gummi, Hanf und Baumwolle,

zum Besprengen von Straßen, Gärten, Anlagen, Höfen u. s. w. empfiehlt zu Fabrikpreisen

A. Machatzky, en gros Gummiwaaren en detail, 32 Karl-Friedrichstrasse 32, neben dem Hotel „Germania".

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt machen wir allen Bekannten die schmerzliche Mittheilung, daß es dem lieben Gott gefallen hat, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

Frau Katharina Egle Wwe.,

geb. Traeutlein,

heute Nachmittag nach kurzer Krankheit, wohlvorbereitet, im Alter von 70 Jahren, von dieser Welt abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Egle,
Otto Egle,
Clotilde Kreuzer, geb. Egle,
Marie Armbruster, geb. Egle,
Anna Egle, geb. Stahl,
Oberamtsrichter **Armbruster.**

Lörrach, 13. Juni 1892.

Aerztliche Anzeige.

Ich habe mich heute dahier als praktischer Arzt niedergelassen und wohne **Kaiserstrasse 30,** 2 Treppen. 3.1

Sprechstunden: 8 bis 9 Uhr, ½3 bis 4 Uhr.

Dr. med. H. Sternberg.

Gottesdienst.

Fronleichnamsfest.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.

6½ Uhr Frühmesse.
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst.
9½ Uhr Fronleichnamsprozession, nachher Amt.
11½ Uhr Kindergottesdienst.
3 Uhr feierliche Vesper.

Abendandachten vom 14. Juni ab bis mit 22. Juni, jeweils um ½8 Uhr.

Kathol. Kapelle im Kadettenhaus.

7 Uhr stille Messe.

Liebfrauenkirche.

6 Uhr Frühmesse.
8½ Uhr feierliches Hochamt, hiernach Prozession.
10½ Uhr hl. Messe.
2½ Uhr feierliche Vesper.
7 Uhr Fronleichnamsoktav.

St. Peter- und Paulskirche (Stadttheil Mühlburg).

Früh 6 und 7 Uhr Austheilung der heiligen Kommunion.
9 Uhr feierlicher Hauptgottesdienst und Prozession.
1½ Uhr feierliche Vesper.

Einladung.

Sämmtliche katholische Vereine und Korporationen, sowie die übrigen Katholiken hiesiger Stadt werden zu dem morgen (Fronleichnamstag) Abends 8 Uhr im kath. Arbeiterheim stattfindenden allgemeinen Familienabend hiermit freundlichst eingeladen; specielle Einladungen ergehen nicht. Den einzelnen Vereinen sind Plätze reservirt.

Das Komitee.

Novität.

Im Verlag von **Fr. Pustet in Regensburg** ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

25

Jesus- Maria- Joseph- und Aloysiuslieder

mit deutschen Texten,

ein- oder zweistimmig mit Orgel (Harmonium)
oder für vierstimmigen gemischten Chor
für Kirche, Schule und Haus, leicht ausführbar

komponirt von

Johann Diebold.

Opus 53.

48 Seiten in 8°. Preis der Partitur 1 M. 20 Pf., 4 Stimmenhefte à 40 Pf.

Herr Königl. Musikdirektor Piel schreibt über dieses opus: „Durch eigene öftere Erfahrung weiss ich, was es heisst, einen schönen zweistimmigen Satz zu schreiben, der zugleich in einem regelrechten vierstimmigen seine Stelle finden kann. Ich gratulire zu dem hübschen opus 53 und wünsche ihm recht starke Verbreitung, wozu ich auch nach Möglichkeit beitragen werde."

Freiburg im Breisgau **Literarische Anstalt**
und deren Agentur in Karlsruhe, Herrenstrasse 34.

Des **Fronleichnamsfestes** wegen bleibt mein Geschäft **Donnerstag, den 16. Juni,** geschlossen.

Joh. Heinr. Felkel,
Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft,
Kaiserstraße 161.

Zinscoupons per 1. Juli

löse ich von heute an ein.

Den **An- und Verkauf** von Werthpapieren jeder Art, sowie die Ausführung von Börsenaufträgen besorge ich unter coulanten Bedingungen.

A. MARX, Bankgeschäft, neben der Reichsbank.

Zur Bade-Saison,

zu Landparthien und für den Landaufenthalt empfehle ich in **anerkannt** größter Auswahl **fertige complette Anzüge** in leichten Sommer-Buckskins, Cheviot, Leinen zu **fl. 9,** 10, 12, 14, 15, 16, 18, 20 bis 45 Mark. **Reise- und Staubmäntel. Havelocks** schon von **18** Mark an. **Piqué- und farbige Westen** von 4 Mark an, **Leinen-, Lüstre-, Cachemire-Joppen** und **Röcke** zu 1½, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 bis 15 Mark. **Jünglings- und Knabenanzüge** in ganz neuen Façons. **Knaben-Blousen** ꝛc. ꝛc.

Auch für **corpulente** Herren halte ich in **allen Artikeln** großes Lager. 6.2

Anfertigung nach Maass
im eigenen Atelier.
Fertigstellung von Anzügen **nach Maaß** in circa 36 Stunden.

N. Breitbarth,

im großen Eckladen der Kaiser- und Lammstraße,
Karlsruhe.

Spar-Kochherd-Fabrik 10.8

Leop. Meess, Douglasstraße 22, Karlsruhe,

bringt hiermit sein großes Lager selbstverfertigter *Spar-Kochherde* in empfehlende Erinnerung. Meine Kochherde sind nach neuester, bester Konstruktion von starkem Material gefertigt, mit Müller'schem Sparrost versehen, in 6 versch. Größen und Ausstattung n., circa 40 Stück auf Lager und werden zu außerordentlich billigen Preisen abgegeben. Garantie gebe ich die weitgehendste für vorzügliches Brennen sowie Solidität meiner Herde bei ausgezeichnetem Braten und Backen in den Brat- und Backröhren derselben. Zeichnungen, sowie Zeugnisse über gelieferte Kochherde stehen z. Z. bereitwilligst zur Verfügung.

Bratwurst-Glöckle.

Dem verehrl. Publikum sowie Bekannten und Freunden zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich durch **Erstellung eines Neubaues meinen Gasthof** sowie die **Restaurationsräumlichkeiten bedeutend vergrößert habe** und bitte um ferneren gütigen Zuspruch.

Besonders empfehle ich wie bisher als Specialität:

Nürnberger Bratwürste mit pikantem Sauerkraut

nebst einem vorzüglichen Stoff **Frhrl. v. Seldeneck'schen Lager-, Export- und Pilsener Bier** sowie **reinen Weinen.** Restauration zu jeder Tageszeit. 8.2

Hochachtungsvoll

Jean Estelmann.

Wiener
Schuhwaaren-Lager
S. Illig,

Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und Schnürstiefel in prima Kalb-, Rind-, Chevreau- und Boxleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 6.50 an,
Herren-Zug- und Schnürschuhe in verschiedenen Sorten,
Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an,
Damen-Zug- Knopf- und Schnürstiefel in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an,
Damen-Knopf- und Schnürschuhe von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten,
Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel und **Schuhe.**
Große Auswahl in **Pantoffeln** und **Schlappen.**
Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Lacke, Ciderème, Schuhlöffel, Knöpfe, Stiefel An- und Auszieher u. s. w. 30

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.
Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.

Katholischer Männerverein
Constantia.

Mittwoch, den 15. d. M., Abends 8½ Uhr:

Vereinsabend im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Katholischer Männerverein
Constantia.

Die Mitglieder unseres Vereins werden hiermit zur Betheiligung an der Fronleichnamsprozession in der Liebfrauenkirche, sowie an der allgemeinen Abendunterhaltung im kathol. Arbeiterheim mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen eingeladen. Zusammenkunft Vormittags 8 Uhr im kleinen Saal des kathol. Arbeiterheim, von da Zug zur Kirche. Die Vereinszeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Zur Betheiligung an der Fronleichnamsprozession versammeln sich die Mitglieder bis längstens 8¼ Uhr im großen Saal des kathol. Arbeiterheims, von wo sie sich mit Fahne zur Kirche begeben. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet; die Vereinszeichen sind anzulegen. Das Gleiche gilt für die am Abend stattfindende allgemeine Unterhaltung im katholischen Vereinsheim.

Der Vorstand: Häfner.

Katholischer Gesellenverein Karlsruhe.

Donnerstag, am hl. Fronleichnamsfeste, bei günstiger Witterung im Garten, Nachmittags 4 Uhr und Abends 8 Uhr:

Gesellige Unterhaltung.

Hierzu laden wir unsere Herren Ehrenmitglieder mit ihren Familienangehörigen nebst Freunden und Gönnern unseres Vereins freundlichst ein.

Der Vorstand.

NB. Bei ungünstiger Witterung im Saale.

Es werden von einem begüterten Geschäftsmanne zu seinem **Betrieb mit monatlicher Abzahlung auf 6 Monate 500 Mk.** aufzunehmen gesucht. Bürgschaft, wenn verlangt, wird zugesichert. Näheres in der Expedition d. Bl.

In der Haushaltung tüchtiges Fräulein wünscht Stelle bei einem Herrn Geistlichen. Ansprüche bescheiden. Offerten unter **Nr. 106** an die Expedition dieses Blattes erbeten. 2.2

Weiß- und Roth-Weine

empfiehlt
Franz Mayer, Kurvenstraße 18.

Stadtgarten.

Donnerstag, den 16. Juni 1892
(Fronleichnam),
Nachmittags 4 Uhr:

Militär-Concert

gegeben von der Kapelle des **Badischen Leib-Grenadier-Regiments,**
Musikdirigent: **Boettge.**

Eintritt: Abonnenten 20 Pfg. Nichtabonnenten 50 Pfg.

Bei ungünstiger Witterung Concert in der Festhalle.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 16. Juni. 84. Ab.-Vorst. **Romeo und Julie.** Große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen nebst einem Vorspiel von Jules Barbier und Michel Carré. Deutsch von Theodor Gaßmann. Musik von Ch. Gounod. Anfang halb 7 Uhr.

Beginn der Ferien: Freitag, 17. Juni. — Erste Vorstellung nach den Ferien: Sonntag, den 4. September.

Colosseum-Theater.

Mittwoch und Freitag.
Zum erstenmale: Novität!

Der Mann im Mond.

Große Posse mit Gesang in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.

Notirungen der Frankfurter Börse vom 14. Juni 1892.

		Staatspapiere.	
4	⁰/₀	Deutsche Reichs-Anl. M.	107.10
3½	"	" " " "	100.20.
3	"	" " " "	87.80.
4	"	Preuss. Konsols "	106.94.80
3½	"	" " "	100.20.
3	"	" " "	87.80.
4	"	Bayer. Abl.-Rente fl.	104.80.80
4	"	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	10[illegible]
4	"	Badische Obligationen fl.	101.90.80
4	"	" " v. 1886	10[illegible]—.
4	"	Oest. ½L.-Sch. Gold El. inb.	98.[illegible] 30
4	"	" Goldrente fl.	96.50 40
4½	"	" Silberr. "	81.30
4½	"	" Papier. "	81.50 70
4	"	Ungar. Goldrente "	94.80 70
5	"	" Papierrente	88.90 40
3½	"	Portugies. Staatsanl.	34.10
4½	"	" Tabak-Anl.	70.80.
3	"	" Ausl. (Kl.)	—
6	"	Russ. Gold-Anleihe	—
4	"	Span. ausl. Rente	66.90
4	"	Italien. Rente	92.95.10
5	"	Serbien, Goldrente	82.[illegible]
5	"	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	84.20 10
		Bank-Aktien.	
4½	⁰/₀	Deutsche Reichsbank	145.90 80
4	"	Badische Bank	114.60.
4	"	Darmstädter Bank	—
5	"	Oest. Kreditb. (Ultimo)	271 7[illegible] ½
4	"	Rhein.	118 —
4	"	Deutsche Bank	166.70
4	"	Deutsche Union-Bank	85.—
		[illegible] Aktien.	
4	⁰/₀	Heidelberg-Speyer Thlr.	35.66.70
4	"	Hessische Ludwigsb. "	114.40
4	"	Ludwigsh.-Bexbach fl.	232.60
4½	"	Pfälzer Maxbahn	145.20.10
4	"	" Nordbahn	114.—.
		[illegible] Aktien.	
5	⁰/₀	Albrecht ö. W. 200 fl.	76
5	"	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	254½ ⅛
5	"	" Nordwestb. fl.	183½ ⅛
4	"	" Lit. B. Elbthal "	216⅛
5	"	Schweiz. Centralb. Fr.	129.80.
4	"	Gotthardbahn "	143.90 40
		Prioritäten.	
5	⁰/₀	Albrecht ö. W. 300 fl.	—
5	"	" in Gold 400 M	105.8[illegible]
5	"	Oesterr. Südbahn	104.90 80
3	"	" " 1871	62.70.
5	"	" Ung.-Staatsb. 1872	107.[illegible]
3	"	" Staatsb. 1.—8. Em.	86.50
4	"	" " 9. Em.	78.—.
3	"	" " Ergänz.	78 —.
3	"	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	1[illegible]7.80
		Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½	⁰/₀	Preuss. 100 Thlr.	—
3½	"	Köln-Mindener 100 Thlr.	138.90.
4	"	Bayerische 100 Thlr.	149.40.80
4	"	Badische 100 Thlr.	138.40.30
4	"	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	137.—
3	"	Oldenburger 40 Thlr.	12[illegible].—
5	"	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	15[illegible].70
5	"	" v. 1860 ö. W. 500 fl.	126.40
		Unverzinsliche Anlehen.	
		Braunschweiger 20 Thlr.	115.90.
		Augsburger 7 fl.	30 —.
		Ansbacher 7 fl.	42.60.
		Meininger 7 fl.	26.50 70
		Pappenheimer	25.30.
		Freiburger 15 Fr.	32.2[illegible].
		Mailänder 45 Fr.	41.90.
		" 10 Fr.	19.40.
		Wechsel. K. S.	
		Amsterdam 100 fl.	168.60.55
		Antwerpen 100 Fr.	80.05
		Schweiz 100 Fr.	80.855
		Wien 100 fl. ö. W.	170.75
		Paris 100 Fr.	8[illegible].85
		London	20.380
		Pfandbriefe.	
4	⁰/₀	Rhein. Hypothekenbank	10[illegible].50.
3½	"	" "	96.20
4	"	Bayer.	102.80.
4	"	Württemb.	1[illegible].60
		Verfallene Coupons.	
		Oesterr. Papier	170.40
		Amer. U. St.- u. R. B.	4.16
		Geldsorten.	
		20-Franken-Stücke	16.2[illegible]—16
		" " in ⁰/₀	16.20—16
		Dukaten	9.60—55
		" al marco	9.65—60
		Engl. Souvereigns	20.40—35
		Russ. Imperials	16.70—65
		Gold-Dollars	4.20—16
		Reichsbank-Diskonto	3⁰/₀
		Frankfurter Privat-Diskonto	2⁰/₀

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: J. Rüttgers. — Für Haus- und Landwirthschaft, Handel u. Inserate: H. Vogel. Beide in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstr. 42. H. Vogel, Direktor.